Nr. 65 / Einzelpreis 10 Pfennig

Halle (Saale), Mittwoch, den 18. März 1925

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Das „Volksblatt" erscheint jeden Werktag; Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit." Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Harz 42/44, Hofgebäude, zwei Treppen. Fernsprech-Anschluß 4667. Persönl. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mark ab Postamt oder gegen Einsendung, 2,30 Mark mit Bestellgeld, am Postamt abonniert 2,40 Mark. Anzeigenpreis: 10 Pfg. im Anzeigen- und 50 Pfg. im Reklameteile d. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44, Fernruf 4605. — Zweigstelle: Gr. Ulrichstraße 27. — Postscheckkonto 20319. Erfurt

Wer wählt Jarres?

Antwort: Herr Killinger und seine Kumpane von der Organisierung des Erzberger- und Rathenau-Mordes, die Feinde des Achtstundentages, die Freunde des Belagerungszustandes, die dunklen Ehrenmänner um Bruhn, Sprit-Weber, Kutisker und Konsorten.

Der Vater des 9 Stundentages

Der Aufruf des Reichsbürgerblocks oder, besser gesagt: des Rechtsblocks für die Kandidatur Jarres wird immer mehr zu einer Pleite der „nationalen" Einheitsfront. Die Väter dieses Aufrufs, der intellektuelle Urheber des Rathenau-Mordes, Killinger, der Vorstand des Stahlhelms und des Wehrwolfs, sprechen in ihrem Produkt zur Beeinflussung des Volkes für Herrn Jarres von den verschiedensten Fähigkeiten, die ihr Kandidat besitzen soll. Sie, die Urheber der Mordpropaganda, reden u. a. von der christlichen Gesinnung, die Herrn Jarres angeblich auszeichnet, und bezeichnen ihn außerdem als „einen Mann des sozialen Fortschritts". Das eine wie das andere ist eine große Lüge. **Man kann nicht gleichzeitig von christlicher Gesinnung reden und den Mord als politisches Mittel propagieren,** und es ist nach der Vergangenheit des Herrn Jarres unmöglich, ihn als „einen Mann des sozialen Fortschritts" zu bezeichnen. Er ist z. B. — um nur auf eine Tatsache hinzuweisen — **der Vater des Neunstundentags für die Reichsbeamten. Jarres hat den Achtstundentag im Reich abgeschafft und gleichzeitig die Gehälter herabgesetzt. Bis heute ist seine Verordnung über die Einführung des Neunstundentags für die Reichsbeamten aufrechterhalten, während in Preußen nach wie vor der Achtstundentag seine Geltung hat.**

Warum in Preußen? Dort hat ein **wirklicher Mann des sozialen Fortschritts 3½ Jahre lang das Staatsschiff gelenkt, und dieser Mann heißt Otto Braun. Als er von Jarres aufgefordert wurde, ebenfalls sozialen Rückschritt statt Fortschritt zu begehen, hat er sich mit aller Entschiedenheit gewehrt und seine Bedenken gegen die Maßnahmen des damaligen Reichsinnenministers Jarres in einem Schreiben vom 31. Dezember 1923 als preußischer Ministerpräsident niedergelegt.** Dieses Schreiben ist wert, heute in Erinnerung gebracht zu werden. In ihm heißt es:

„Ich gehe mit der Reichsregierung darin einig, daß die furchtbare Not unserer Zeit die völlige Ausschöpfung der Arbeitskraft der im Dienste des Staates stehenden Beamten und Angestellten erheischt. Ich bezweifle aber, daß das eine schematische Verlängerung der täglichen Dienstzeit der Beamten bedingt. Worauf es ankommt, ist, durch verwaltungsorganisatorische Maßnahmen die Intensität der Diensttätigkeit der Beamten und Angestellten bis zur höchsten Stufe zu steigern und den Leerlauf auf das geringste Ausmaß herabzudrücken. Das kann niemals durch eine schablonenhafte Festsetzung der Dienstzeit erreicht werden, die die Verschiedenartigkeit der Anforderungen naturgemäß nicht berücksichtigen kann, der mannigfaltige Dienst in der Staatsverwaltung, sei es im inneren Dienst, sei es in der Rechtsprechung oder gar im Forschungs- und Unterrichtsbetrieb, an die geistige und physische Kraft des einzelnen stellt.

Ich befürchte daher, daß die Durchführung der Richtlinien der Reichsregierung in der durch die unzulängliche Besoldung ohnehin stark beunruhigten Beamten- und Angestelltenschaft neue Mißstimmung auslösen wird, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung ihrer Dienstfreudigkeit führen muß, was leicht eine Verminderung der Arbeitsleistung zur Folge hat, zumindest keine Erhöhung aufkommen läßt. Denn letzten Endes ist doch für das Maß der Arbeitsleistung der Beamten und Angestellten ihre Dienst- und Arbeitsfreudigkeit und ihre durch die Höhe der Besoldung nicht unerheblich beeinflußte geistige und körperliche Leistungsfähigkeit entscheidend. Können Reich und Länder infolge ihrer schwierigen Finanzlage ihren Beamten vorübergehend eine ausreichende Besoldung nicht gewähren, so müssen sie um so mehr darauf Bedacht nehmen, alles zu unterlassen, was geeignet ist, die Dienst- und Arbeitsfreudigkeit der schwer unter der materiellen Not leidenden Beamten- und Angestelltenschaft noch mehr zu beeinträchtigen. Das scheint mir beim Erlaß der Reichsregierung über die Dienstzeit der Beamten nicht hinreichend berücksichtigt zu sein. . . ."

Auf den jetzigen Kandidaten der Rechtsparteien, Herrn Jarres, ist dieser Brief **ohne jeden Eindruck geblieben.** Er hat den Neunstundentag im Reich aufrechterhalten und ein gewisses Mißverhältnis zwischen den Reichs- und preußischen Staatsbeamten trotz der ernstesten Bedenken bestehen lassen. **Ihn wählen heißt deshalb jenes System anerkennen, das er als Reichsminister des Innern vertreten und teilweise durchgesetzt hat: sinnlose Ausbeutung der Beamtenschaft ohne entsprechende Gehälter, sozialer Rückschritt auf der ganzen Linie.** Das Gegenteil trifft auf den Kandidaten der Sozialdemokratie Otto Braun zu. Der am Silvesterabend 1923 — Herr Jarres hatte zu dieser Zeit sicher ganz etwas anderes zu tun — an den Reichsminister des Innern Jarres gerichtete Brief spricht für das innere Empfinden dieses Mannes, der unter Pflichterfüllung nicht Ausbeutung versteht und der jedes Pflichtbewußtsein im Interesse des Staates auch anerkannt wissen will. **Jeder fortschrittliche Beamte, Arbeiter und Angestellte wählt deshalb gegen den Kandidaten des Bürgerblocks und tritt ein für die Kandidatur**

Otto Braun!

Der Fasciften-Kandidat.

Jarres entwickelt sein soziales Abbauprogramm beim Sekt.

Berlin, 18. März. (Radio.)

Am heutigen Nachmittag stellt sich Herr Jarres in Berlin einer geladenen Gesellschaft vor. Er beabsichtigt, in diesem Kreis geladener Gäste sein Programm über den **Abbau sozialer Rechte und was es sonst noch an Abbaumaßnahmen gegen die deutsche Arbeitnehmerschaft gibt, zu entwickeln. Diese Entwicklung soll dann am Abend bei Bier, Wein, Weib und Gesang gefeiert werden, während das Gros der Berliner Arbeiterschaft nach dem Friedrichshain marschiert, um die Freiheitskämpfer von 1848 und 1918 zu ehren.** Mit den Vertretern des Wikingbundes, des Wehrwolf und des Stahlhelms, an der Spitze der auf Begnadigung lauernde Herr Killinger, sitzt Herr Jarres in einem großen Berliner Hotel beim Sekt.

Der Reichsblock oder Rechtsblock Groß-Berlin hat an die Bevölkerung der Reichshauptstadt aus Anlaß der Anwesenheit des Herrn Jarres in der „Philharmonie" eine Kundgebung erlassen, die ein Musterbeispiel für die geistige Beschränktheit ihrer „nationalen" Kreise bildet. In diesem Aufruf wird u. a. von den „Barmat-Marxisten" (!), nicht aber von dem „Wolpe-Westarp" und dem „Sprit-Weber-Stresemann" gesprochen. Infolgedessen erübrigt es sich, auf diese Gemeinheit näher einzugehen. Von Herrn Marx heißt es in dem Aufruf, daß er „Seite an Seite mit den Sozialdemokraten lange Monate hindurch systematisch die Bildung einer tragfähigen Regierung in Preußen verhindert hat".

Abschließend wird jeder als Landesverräter bezeichnet, der nicht Herrn Dr. Jarres, dem Repräsentanten des Besitzes, der Mörderorganisationen und wie seine Wähler alle heißen, die Stimme gibt.

Es ist übrigens interessant, daß ausgerechnet auch der Hauptmann Heiß in der „Reichsflagge" sich nachträglich für Herrn Jarres einsetzt. Er stürzt sich bei dieser Gelegenheit in geistige Unkosten und erläßt einen besonderen Aufruf, der Herrn Jarres als **den auserlesensten Mann der „Völkischen" kennzeichnet.** Es ist wahrhaftig schon ein trauriges Zeichen für den Präsidentschaftskandidaten der Rechten, wenn Männer von dem Charakter und dem geistigen Niveau des Fascismus die Werbetrommel rühren müssen.

Das Bankett im Kaiserhof.

Die Gelder des Reichsblocks.

Die Fonds für die Wahl des sogenannten „Reichsblockkandidaten" Jarres scheinen sichergestellt zu sein. **Die Schwerindustrie** hat ihre milde Hand aufgetan, und es wird Zeit, die Fonds auch an den Mann zu bringen, um die Wahl für Jarres würdig zu eröffnen. Das geschieht im Sinne des Reichsblocks offenbar am besten mit einem großen Bankett, das am 18. März, dem Tage der Märzgefallenen, im gelben Saal des „Kaiserhof" stattfinden wird. Wir zweifeln nicht daran, daß dieses Bankett sehr exklusiv sein und bei seinen Teilnehmern die Siegesstimmung wieder beleben wird, die zurzeit stark gesunken ist. Ob dieses exklusive Bankett im „Kaiserhof" auf die Volksmassen ebenso gut wirken wird, die den Präsidenten zu wählen haben, möchten wir bezweifeln

Wer wählt Braun?

Antwort: Die Freunde des Friedens, der Völkerverständigung, des sozialen Fortschrittes und des Achtstundentages.

Die starke und bewährte Persönlichkeit.

Ein Blick in die deutsche Presse bestätigt, daß die Kandidatur Jarres von den ausgesprochen deutschnationalen und volksparteilichen Blättern zwar gestützt, aber im übrigen aus innen- und außenpolitischen Gründen stark bekämpft wird. Auch im Ausland holt sich Herr Jarres eine Absage auf die andere, weil er mit Recht als Kandidat der Monarchisten gilt. Ganz anders ist die Presse für den republikanischen Kandidaten, insbesondere für die Kandidatur Otto Braun eingestellt. In ihm sieht man im Ausland den Mann des Friedens und der Verständigung. Diese Auffassung wurde schon zu einer Zeit vertreten, als Braun noch preußischer Ministerpräsident war bzw. als er sein Amt niederlegte. Damals, am 12. Februar 1925, widmete ihm die bürgerliche „Basler National-Zeitung" aus Anlaß seines Rücktrittes folgende Zeilen:

„Was Preußen und das ganze Reich der Aera Braun verdankt, wird erst eine spätere Geschichtsschreibung vollkommen darzustellen vermögen. Heute aber schon läßt sich behaupten, daß Preußen in diesen drei Jahren, in denen die deutsche Nation als Ganzes von den fürchterlichsten Nachkriegsstürmen durchtobt wurde, sich zu einer Art deutschen Musterlandes entwickelte. Die Republik wurde so fest fundiert, daß weder die außenpolitischen Katastrophen an Rhein und Ruhr, von denen Preußen schwerer betroffen wurde als jeder andere deutsche Staat, noch die innerpolitischen Wirren, die sich im Gefolge der Inflation einstellten, sie zu erschüttern vermochten. Otto Braun verstand es, die Große Koalition klug und überlegen zu leiten und auch die Volkspartei zu positiver Verwaltungsarbeit zu zwingen, während Severings intelligente Energie die innere Ruhe und Ordnung des Staates verbürgt. Dem Preußen Otto Brauns schlossen sich darum auch die Zwergstaaten Waldeck, Schaumburg, Pyrmont freiwillig an. Wenn Otto Braun jetzt aus dem preußischen Ministerium auszieht, so bedeutet das in keiner Hinsicht ein Ende für ihn. Im Gegenteil, er hat Sitz und Stimme im Reichstag, und es ist sicher, daß er sehr bald in der Fraktion, die Männer wie ihn bitter nötig braucht, und damit in den weiteren Grenzen der Reichspolitik den Einfluß gewinnt, der seiner starken und bewährten Persönlichkeit gebührt."

Aehnliche Stimmen liegen aus allen Teilen des Auslandes vor, und wir werden in den nächsten Tagen weiter **Gelegenheit** nehmen, der deutschen Oeffentlichkeit zu zeigen, daß **Braun auch jenseits der deutschen Grenzen als Mann des sozialen Fortschritts, Mann des Friedens und der Verständigung erkannt ist und anerkannt wird.**

Wehrwolf-Jarres.

Killinger soll zum Dank begnadigt werden.

Der Kandidat des Bürgerblocks, Herr Jarres, kann sich auf eine neue Stütze berufen, die ihm für seinen „Sieg" Hilfe angedeihen lassen will. Es ist der Jungdeutsche Orden, der sich nachträglich bereit erklärt, für den Repräsentanten des Besitzes und den Liebling der Geheimorganisationen einzutreten. Wir beglückwünschen Herrn Jarres zu dieser neuesten Stütze: denn je mehr Jungdo, Wiking und Wehrwolf, je mehr von ihrem Geist die Wahlpropaganda für Herrn Jarres beeinflußt, **desto stärker muß die Stellung der republikanischen Parteien in dem begonnenen Kampfe werden.**

Inzwischen hat der Justizminister des Bürgerblocks, Herr Dr. Frenken, vor dem Reichstag gestanden, daß der geistige Urheber des Erzberger-Mordes und der Propagandist für Herrn Jarres, Killinger, **seine Gefängnisstrafe bisher noch nicht angetreten** hat. Er erwartet von der Regierung des Bürgerblocks die Begnadigung und **man kann sich jetzt vorstellen, warum er für Jarres eintritt. Erst werden die besten Führer unseres Volkes in den Tod gehetzt und dann besitzen die Urheber dieser Hetze, diese intellektuellen Mörder, nicht einmal den Mut, für ihre verruchte Tat zu büßen. Aber Herr Jarres läßt sich von dieser Gesellschaft auf den Schild heben, er und seine Schildträger werden wissen warum.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250318-16/fragment/page=0001

Sie machen für ihn Propaganda, er muß sie begnadigen. Damit wird am besten offenbart, welch Geistes Kind Herr Jarres ist, für wen er kandidiert und für wen er verpflichtet ist.

Jarres-Journalistik.

Berlin, 18. März. (Radio.)

Es ist bisher immer noch der Vorzug unserer „nationalen" Kreise gewesen, daß sie mit dem Ausland, also unseren „ehemaligen Feinden" arbeiteten, wenn es ihren wirtschaftlichen und politischen Interessen entsprach. In der heutigen Morgenpresse leistet sich die „Berliner Börsenzeitung" ein Beispiel dieses „nationalen Stolzes". Sie gibt u. a. die Meinung eines Engländers zur Wahl wieder. Ganz abgesehen davon, daß diese Meinung in den Berliner Redaktionsräumen der „Berliner Börsenzeitung" entstanden sein dürfte, scheint es doch charakteristisch, einige Zeilen aus ihr wiederzugeben. Es heißt u. a.:

„Sie müssen einen streng nationalen Präsidenten haben. Sollte Marx gewählt werden, würde das Herabsinken Deutschlands zu einer Macht zweiten Grades bedeuten. Für eine Linkspartei stimmen, heißt soviel, als für Frankreich stimmen."

Das Deutsch in diesem Aufruf könnte einen Engländer als Verfasser vermuten lassen, aber es gibt in der nationalen „Börsenzeitung" Subjekte genug, die als Deutsche nicht einmal in der Lage sind, die deutsche Sprache in dem Stil einer Mahnung von englischer Seite anzuwenden.

Knüppel-Kunze, der Jarres-Propagandist.

„Diesem verantwortungslosen Menschen ist es ganz gleich, was er spricht."

Richard Kunze, genannt der Knüppel-Kunze, hatte den demokratischen Stadtverordneten Justizrat Sommer in Görlitz auf Grund folgenden Tatbestandes verklagt:

Die judenhetzerische Tätigkeit Kunzes in Görlitz hatte die Stadtverordnetenversammlung veranlaßt, vor vier Jahren einen Beschluß zu fassen, wonach Rednern, deren Vorträge Anlaß zu Unruhen oder Störungen geben könnten, der größte Saal von Görlitz, der Saal der großen Stadthalle, zu verweigern sei. Da Kunze und seine Anhänger zu solchen Störungen am ehesten Anlaß boten, wurde der Saal mehrfach ausschließlich der Deutschsozialen Partei verweigert. Gegen diesen Beschluß wurde später in der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage eingebracht. In der Diskussion hierüber erklärte Justizrat Sommer:

„Keine Gemeinheit ist so gemein, und keine Lüge so verlogen, so bewußt verlogen, daß sie dieser Mann den Juden nicht anhängt, denn diesem verantwortungslosen Menschen ist es ganz gleichgültig, was er spricht."

Wegen dieser Aeußerung strengte Richard Kunze Klage gegen Justizrat Sommer an. Die Verhandlung fand dieser Tage vor dem Schöffengericht in Görlitz statt. Kunze sprach vor Gericht über die Gefahr des Talmuds, aber er hatte nicht viel Glück. Der Gerichtshof gelangte zu einem Freispruch des Justizrats Sommer, da er in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe und daher § 193 Anwendung fände.

Der sogenannte „Reichsblock", der sich zur Propagierung und Finanzierung der Rechtskandidatur Jarres bildete, hat sich auch die Unterschrift und die Unterstützung Knüppel-Kunzes gesichert. Wir gratulieren.

Heute keine Marx-Erklärung.

Heute, Mittwoch, sollte der neugewählte preußische Ministerpräsident vor den Landtag treten und die Erklärung seiner Regierung abgeben. Er wird sich aber weder vorstellen noch eine endgültige Mitteilung darüber machen lassen, ob er überhaupt die Wahl annimmt oder nicht. Die Ursache dieses Zustandes ist hauptsächlich darin zu suchen, daß die Rechtsparteien des Landtags Herrn Marx am Dienstag in geschlossener Front durch den deutschnationalen Abg. Winckler eine Erklärung übermitteln ließen, in der sie mitteilten, daß Verhandlungen mit dem neuen Ministerpräsidenten unmöglich seien, solange Marx gleichzeitig für die Reichspräsidentschaft im Namen seiner Partei kandidiere. (!) Auf dem Wege über Preußen beabsichtigen also die Rechtsparteien des Landtags, entweder die Kandidatur Marx für die Reichspräsidentschaft oder aber seine Ministerpräsidentschaft für Preußen zu erledigen. Dr. Marx teilte dem Aeltenausschuß mit, daß er unter diesen Umständen nicht in der Lage sei, am Mittwoch vor den Landtag zu treten. Er beabsichtige, sich jetzt zunächst mit dem Reichsparteivorstand des Zentrums in Verbindung zu setzen und wird erst dann eine Erklärung darüber abgeben, ob er die Wahl zum Ministerpräsidenten in Preußen annimmt oder nicht.

Die Haltung des Ministerpräsidenten Dr. Marx ist insofern verständlich, als er ohne seine Partei nichts unternehmen will. Aber wir sind auch heute noch der Auffassung, daß die Führung der preußischen Staatsgeschäfte und eine gleichzeitige Kandidatur zur Reichspräsidentschaft durchaus miteinander vereinbar sind.

Beziehungen und peinliche Fragen.

SPD. Herr Victor von Rakowski, früher Wolpe-Bank, zuletzt Deutsche Beamten-Genossenschafts-Bank, hat es trotz unserer genauen Detailangaben, die ihm zeigen mußten, daß wir Bescheid wissen, gewagt zu dementieren. Es wurde freilich nur ein ziemlich klägliches Verlegenheitsgestammel; aber selbst das enthält lauter Unrichtigkeiten. So hat Herr von Rakowski sogar seine Beziehungen zur Adels-Genossenschaft abzuleugnen versucht. Damit endgültig festgestellt sei, in welchen Kreis der edle Herr Victor von Rakowski einzureihen ist, verweisen wir auf die Einladung des Gaues Brandenburg der Deutschen Adels-Genossenschaft zu einem Wohltätigkeitskonzert am 8. November 1924; als Einladende zeichnen: Die Schirmherrin Ihre Königliche Hoheit Frau Kronprinzessin Cäcilie, der Ehrenausschuß Ihre Königliche Hoheit Frau Prinzessin Oskar von Preußen, Ihre Exzellenz Frau von Behrendt, Ihre Excellenz Freifrau von Bissing, Ihre Excellenz Frau von Bornstedt, Frau von Bredow usw. usw. bis zu Frau von Rakowski.

Der Ehrenausschußherr der Deutschen Adels-Genossenschaft Victor von Rakowski hat nun zusammen mit dem anderen Direktor Dr. Junges in der Deutschen Beamten-Genossenschafts-Bank jene zweifelhaften Geschäfte getrieben, auf die wir schon wiederholt hingewiesen haben. Er behauptet freilich, daß die Gelder der Deutschen Beamten-Genossenschafts-Bank durchweg der Beamtenwirtschaft zugeflossen sind, und das gleiche behauptet der Herr Finanzminister von Schlieben, der erst geleugnet und dann zugegeben hat, daß er der Deutschen Beamten-Genossenschafts-Bank Gelder ohne jedwede ausreichende Sicherheit zur Verfügung gestellt hat. Welche Kontrolle hat nun Minister von Schlieben darüber ausgeübt, daß die von ihm ohne Sicherheit gegebenen oder vermittelten Gelder auch tatsächlich der Beamtenschaft zugute gekommen sind? Offenbar gar keine! Denn die Gelder der Deutschen Beamten-Genossenschafts-Bank haben zum Teil geendet bei — Iwan Kutisker. Die Deutsche Beamten-Genossenschafts-Bank hat, statt ihr Geld ausschließlich Beamten und Beamtenorganisationen zuzuwenden, Kredite gewährt an die Internationale Speditionsgesellschaft J. Stern & Co., eine der bekannten üblen Kutisker-Gründungen. Selbstverständlich ist das Geld verloren. Die Deutsche Beamten-Genossenschafts-Bank hat ferner über die Eisenacher Bank Kredit zugeführt an den Rittergutsbesitzer Frey, jene interessante völkische Persönlichkeit, die jüngst wegen grober Beleidigung des Reichstagsabgeordneten Dr. Kurt Rosenfeld zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, aber außerdem wegen Betrugs und anderer Delikte in Untersuchungshaft sitzt. Das ist das Ende von Schlieben-Geldern, und es muß nur noch einmal unterstrichen werden, daß danach kein Mensch in ganz Deutschland geeigneter zum Reichsfinanzminister ist als eben Herr von Schlieben.

Herr von Rakowski hat ferner mit den Geldern der Beamten-Genossenschafts-Bank sich persönlich an einer Reihe von Gründungen beteiligt, und von diesen von ihm gegründeten Firmen haben wieder die Gemeinnützigen Warenbeschaffungsstellen der Deutschen Beamtenschaft beziehen müssen. Solche Gründungen sind insbesondere die Gummimäntel-Fabrik des Ostjuden Zirler in Gera und die Deutsche Porzellan-Vertriebs-Gesellschaft. Wie überhaupt die Beziehungen des Adelsgenossen von Rakowski mit dem Ostjuden Zirler beweisen, daß zwar die Rechtskreise einen großen Barmat-Rummel veranstalten können, aber selbst die faulsten Geschäfte machen, und sei es auch mit Ostjuden. Jedenfalls hat die GWBA. ein gewaltiges Defizit, und die Deutsche Beamten-Genossenschafts-Bank wird liquidiert, wobei eine weitere Beschäftigung der Herren Junges und Rakowski nicht in Aussicht genommen ist. Aber mit der Liquidation allein ist es nicht getan; ehe die Beamten-Genossenschafts-Bank verschwindet, muß die Oeffentlichkeit restlose Aufklärung über ihre Geschäfte und die Kredite des Herrn von Schlieben erhalten.

Herr von Rakowski kam von Wolpe her. Herr Wolpe, der Millionenschieber aus der Depositen- und Handelsbank, hatte mit Herrn Dr. Stresemann, dem Vater der Kandidatur Jarres, das große Goldaufkaufgeschäft durchgeführt und besaß von Dr. Stresemann, Dr. Hoefle usw. jenes berühmte amtliche Empfehlungsschreiben. Herr Dr. Stresemann hat nicht mehr leugnen können, daß Wolpe zu der Zeit, als der das Empfehlungsschreiben erhielt, bereits in sämtlichen Berliner Zeitungen von amtlicher Stelle als Schieber öffentlich gebrandmarkt worden war; er hat nur behauptet, daß er das übersehen gehabt und die Beziehungen zu Wolpe sofort abgebrochen hätte, nachdem ihn über diese Persönlichkeit am 12. November der Devisenkommissar Fellinger unterrichtet hätte. Auch diese letzte Verteidigungsangabe wird von Kennern der Verhältnisse entschieden bestritten. Wir fragen daher: Ist es richtig, daß nach dem 12. November im Auftrage der Deutschen Volkspartei ein Herr Lüders bei der Depositen- und Handels-Bank erschienen ist und unter Berufung auf Herrn Dr. Stresemann, wie schon mehrfach zuvor, um Beiträge für den Wahlfonds der Deutschen Volkspartei gebeten hat? Ist es richtig, daß Herr Lüders (und ein zweiter Herr, dessen Name genannt werden kann) den Betrag von 100 Billionen Mark erhalten hat und daß am folgenden Tage nach telephonischem Anruf durch die Sekretärin des Herrn Dr. Stresemann die Herren Wolpe und Löwenthal-Landegg nochmals von Herrn Dr. Stresemann empfangen worden sind? Wenn Herr Dr. Stresemann sich dessen gar nicht mehr entsinnen kann, müßte man eben durch Vernehmung der anderen beteiligten Personen Klarheit über diese Vorgänge schaffen.

Im Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtags ist durch die Vernehmung des Generaldirektors Kareski festgestellt worden, daß der Sprit-Weber sich wiederholt freundschaftlicher Beziehungen zu Stresemann gerühmt hat. Der Sprit-Weber hat auch behauptet, daß Dr. Stresemann ihn in seiner Villa besucht habe. Weber war damals ein Mann von noch nicht 30 Jahren, ursprünglich Grabsteinhändler, neu in die Spirituosenbranche hineingeschneit und bereits zweimal vorbestraft. Sollte der Sprit-Weber jetzt wirklich ausgeliefert werden — wir zweifeln noch daran, obwohl schwerste Verbrechen, wie Brandstiftung, Versicherungsbetrug und Beamtenbestechung in zahllosen Fällen vorzuliegen scheinen — dann wäre es doch wohl unumgänglich, festzustellen, wieweit die Behauptungen dieses Ehrenmannes über seinen Verkehr mit Dr. Stresemann zutreffen.

Kommunisten im Frack.

Kaviar, Wein und Likör in unbegrenzten Mengen.

Der Italiener Arnaldo Fraccaroli schildert im „Corriere della Sera" die Berliner politischen Bierabende, u. a. auch einen Bierabend beim Sowjet-Botschafter in Berlin. Daß die Berliner Sowjet-Botschaft gut zu leben versteht, „fast" so gut wie die armen kommunistischen Kumpels, geht aus der Schilderung, die wir der Nummer 104 des „Berliner Tageblattes" vom 3. März entnehmen, hervor. Herr Arnaldo Fraccaroli schreibt:

Beim Sowjet. Der großartigste Bierabend in Berlin ist, ehrlich gesprochen, immer der in der russischen Sowjet-Botschaft. Der Sowjet läßt sich nicht „lumpen". Es ist die zahlreichste Botschaft Berlins, einige vierzig Funktionäre, denen es allen glänzend geht. Darunter ist sogar ein Russe, der Neapolitanisch spricht. Der Bierabend der Russen ruht auf unerschütterlicher Basis. Dort gibt es den besten Kaviar der Welt, Wein und Likör in unbegrenzten Mengen, und man bleibt mit offiziellen Reden verschont. Man hat nur eine kleine Unannehmlichkeit zu überwinden: der Frack, mindestens aber der Smoking ist vorgeschrieben. Beim ersten Bierabend, als Tschitscherin hier war, gingen die Geladenen im Straßenanzug auf die Botschaft. Und siehe da: Tschitschein und alle Russen waren in Frack und weißer Krawatte, die Diener in der Livree. Von da an beschlossen die Journalisten folgendes: Zum Kanzler und auf die bürgerlichen Botschaften geht man im Straßenanzug, zu den russischen Bolschewisten im Frack. Nur ein kleines bolschewistisches Abzeichen tragen die Russen zur Schau: aus dem Frack lugt schüchtern und fast unsichtbar das Stückchen eines Taschentuches hervor. Man speist — und wie wunderbar und geschmackvoll man speist — an kleinen Tischen mit dem alten kostbaren Porzellan und dem Silberservice der Zaren, und nur auf den Torten prangt in Zuckerguß Sichel und Hammer. Niemand lehnt sie ab.

Wir sind keinen Augenblick darüber im Zweifel, daß sich das Hallesche Kommunistenblättchen nunmehr in einer gewaltigen Philippika gegen diese kommunistische Schlemmerei der Berliner Sowjetbotschaft wenden wird; oder sollten wir uns getäuscht haben? Wer weiß . . .

Der Staatsanwalt-Skandal.

Berlin, 18. März. (Radio.)

Das Wort von dem „Abbau" der Moabiter Staatsanwaltschaft in der „Barmat"-Affäre trifft von Tag zu Tag mehr zu. Die Herren Assessoren und stellvertretenden Staatsanwälte bauen zwar langsam, aber desto sicherer ab. Vor wenigen Wochen entließen sie den Ministerialdirektor a. D. Kautz gegen eine Kaution von 50 000 Mark aus der Haft. Jetzt ist nicht nur die vollkommene Aufhebung des Haftbefehls verfügt, sondern auch die Zurückzahlung restlos verfügt worden, und die stellvertretenden Herren Staatsanwälte müssen nun darauf gefaßt sein, daß sie für die inzwischen zur Verfügung gestellte, jetzt aber wieder zurückgezogene Summe auch noch die Zinsen bezahlen müssen.

Mit gutem Recht bemerkt der „Vorwärts" zu diesen „Skandalen der Moabiter Staatsanwaltschaft":

„Was gegen Barmat nun eigenlich vorliegt, weiß bis jetzt immer noch kein Mensch. Die Skandalpropaganda hat sich jetzt gründlich totgelaufen, so daß man wohl aus diesem Grunde damit rechnen kann, daß der Verhaftungs-Abbau bald auch auf die Barmats ausgedehnt wird. Oder soll das Ergebnis der Präsidentenwahl doch noch abgewartet werden?"

Wiener Abend.

Josma Selim und Ralph Benatzky.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß der Charakter jedes Volkes sich in den Volksmelodien widerspiegelt. Im Volksgesang stehen die Italiener wohl an erster Stelle, sie leben im Gesang, singen zu jeder Zeit, freilich sind sie auch durch ihre Kehlen dazu auserlesen. Nicht mindere Sangesfreudigkeit bringt auch Oesterreich, vielleicht durch die enge Nachbarschaft Italiens; und Wien heißt mit Recht die „Stadt der Lieder". Diese Wiener Volksmelodien haben keinen musikalischen Hochstand in ihrer ganzen Fassung, sie hängen zuviel mit dem Naturgrund zusammen, auf dem sie entstanden. In diesem engen Gebiet aber gehören die Ur-Wiener-Melodien zu den frischesten und herzlichsten, namentlich da, wo die Luft des Wiener Waldes, die blaue Donau-Lustigkeit durchweht; denn alles Tiefsinnige oder Leidenschaftliche liegt ihnen fern. Das Volk und die „Volkssänger" in Wien (eine besondere Spezialität) erfanden ihre Lieder, solange als ihnen der Kunstgesang noch fremd war.

Erst vor einigen Jahren haben besonders Komponisten der leichteren Muse das „Wiener Volkslied" etwas veredelt. Zu den Wiener Meistern gehört auch ganz besonders der heute stark populäre Dr. Benatzky. Die träumerische Art, das Schmelzende der Wiener Melodie hat Benatzky durch tiefinnerliche Auffassung und gediegene Musikalität außerordentlich wirksam getroffen. Die Melodien des „Höchsten Heurigen", die feinen Wendungen des „pikfüßen Hölzels" hat Benatzky gewissermaßen nobilisiert. Seine unvergleichliche Kunst der thematischen Durchführung wie der Grundstimmung seiner Lieder zeigt geläutertstes Können.

Die Sängerin Josma Selim hat in verhältnismäßig kurzer Zeit sowohl im Inland wie in fremden Staaten einen ganz außerordentlichen Erfolg mit den Benatzky-Wiener-Liedern errungen. Auch sie zeigt in ihrem fein ausgearbeiteten Vortrag einen überragend hohen Kunstsinn, so daß aus jedem Volkslied ein Kunstlied wird. Ihre Vortragsweise bleibt kaum im „Wienerischen" stecken, bald erinnert sie an italienische Buffonerie, bald an das französische Idiom einer Indic; in jedem Lied eine stilistische Wandlungsfähigkeit ohnegleichen, die im Grotesken, Zynischen, Satirischen und Parodistischen gleich schlagfertig wirkt. Eine ganz ideale Kunst ist es auch, wie sie die Farbe des Tones dem Texte entsprechend in hundert schillernden Nuancen zu geben vermag; aber nie wird ein Effekt erzwungen. Das ist das Herrliche, Ueberwältigende ihrer Kunst.

Noch ein Wort über Benatzkys Klavierbegleitung. Sie ist nirgends auf passive Unterordnung gestellt, sie unterstützt allüberall und verleiht der Sololeistung erhöhtes Relief. In ihrer Vornehmheit deckt sie nie die Sängerin, aber auch nicht die Ideen des Komponisten.

Das Künstlerpaar wurde mit einer wahrhaft südlichen Glut gefeiert und mußte eine Zugabe leisten. S. S.

Hallesches Theater- und Kunstleben.

Fünfte Morgenfeier im Stadttheater. Die Morgenfeier G. F. Händel am 22. März, die der Erstaufführung seiner Oper „Rodelinde" vorausgeht, wird bei der besonderen Bedeutung des Meisters für Halle durch Mitwirkung des Stadttheaterorchesters einen erweiterten Rahmen bekommen. Als Redner wurde der bekannte Händel-Forscher Dr. Steglich (Hannover) gewonnen. —

Generalmusikdirektor Erich Band wurde als Nachfolger Prof. Dr. Mosers einstimmig zum Vorsitzenden der Ortsgruppe Halle des RDTM. (Reichsverband Deutscher Tonkünstler und Musiklehrer) gewählt. Gleichzeitig übernimmt er den Provinzialvorsitz für die Provinz Sachsen.

Volksbühne. Als 8. Werk der ersten Reihe wird gegeben „Rigoletto", Oper von Verdi. Spieltage: 2. April (Theatergemeinde G), 15. April (H), 22. April (J), 2. Mai (L). Einlösungstage: für G 18. bis 25. März, H 18. März bis 1. April, J 18. März bis 8. April, L 18. März bis 9. April. Für die zweite Reihe wird als 8. Werk gegeben: „Und Pippa tanzt", ein Glashüttenmärchen von Gerhart Hauptmann. Spieltage: 28. März (B), 1. April (A), 8. April (C), 16. April (D). Einlösungstage: für B 18. bis 21. März, A 18. bis 26. März, C 18. März bis 1. April, D 18. März bis 1. April. Zu den Filmabenden „Schatten", eine nächtliche Halluzination, am Sonnabend, dem 21. März, und Dienstag, den 24. März, haben Jugendliche unter 16 Jahren keinen Zutritt. Karten in der Geschäftsstelle, Brüderstraße 14.

Islamische Keramik.

Vortrag im Halleschen Kunstgewerbeverein.

Im Saale der Moritzburg veranstaltete der Kunstgewerbeverein vor einigen Tagen einen Vortragsabend über islamische Keramik. Vermochte die Wahl dieses Ausdrucks auch hier Momente Zweifel zu erregen, so ergaben die am Lichtbild gezeigten Erläuterungen in Kürze dessen Berechtigung. Ist doch mit dem Werden, den Kämpfen, der Glanzzeit und dem Niedergange des Islams ein entsprechendes Wachsen und Vergehen dessen architektonischer und keramischer Kunst untrennbar verbunden. Legten doch die dem Islam anhängenden Völker weniger Wert auf architektonische Gestaltung ihrer Ziegelbauten als auf deren dekorative Ausstattung, so daß man einen klaren Weg von den im östlichen Persien aufgefundenen Mausoleen, die noch deutlich schlanke Zeltformen zeigen, über gestreckte Türme, überschlanke Minaretts voll interessanter Buntziegelverzierungen bis zu den dekorativen Prunkbauten der Eroberer und ebensolchen Moscheen beobachten kann. Kunstvollste Mosaikverzierung der Flächen zeichnen diese eigenartigen Bauten aus, deren Weg sich bis in die eroberten Mittelmeerstaaten verfolgen läßt. Später hat die christliche Kirche Teile dieser Kunst übernommen. Im Verlaufe der Jahrhunderte allerdings wandelte sich bereits im Islam Form und Verfahren. Aus dem Mosaik wurden allmählich kachelartige, bemalte Gebilde und größere Fliesen, die, obzwar immer noch kunstvoll, jedenfalls die Dekadenz der alten islamischen Kunst bedeuten. Parallel zur Baukeramik läuft die Gefäßkeramik, bei der die Neigung zu metallisch glänzendem Kolorit und Formgebung der ersten Gefäße auffällt. Verbot doch der Islam Goldgefäße. Der Luxus half sich durch Beschaffung besagter Fayencen, die zum Teil asiatischen Charakter tragen (ein Teil dieser Fayencen wurde von betriebsamen Händlern in späterer Zeit als chinesisches Porzellan nach Europa verschleppt!). Mit dem Niedergange des Islam ist auch die keramische Kunst dem Niedergang verfallen. Noch heute aber zeigen ragende Bauten und die erhaltenen Keramiken deren einstigen Glanz.

Es ist bedauerlich, daß nur eine geringe Anzahl Hörer den interessanten Darbietungen des Kunstvereins gefolgt sind. Der gebotene Vortrag hätte gerade in unserer Stadt weitestes Interesse verdient. F. F.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250318-16/fragment/page=0002

Deutscher Reichstag.

Der intellektuelle Urheber des Erzberger-Mordes soll beurlaubt werden.

Berlin, 18. März. (Eig. Drahtbericht.)

Die Reichstagssitzung am Dienstag begann mit einem Vorstoß der Kommunisten, die einen Antrag wegen des Blutbades in Halle und wegen sonstiger angeblicher Behinderung der kommunistischen Wahlagitation eine Untersuchung verlangten. Infolge des Widerspruchs der Deutschnationalen konnte der kommunistische Antrag nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden. Er bleibt der Mittwoch-Sitzung vorbehalten. Ein Antrag des Reichsministers des Innern auf Genehmigung zur Strafverfolgung des deutschvölkischen Abgeordneten v. Graefe und eines kommunistischen Abgeordneten, die beide in alkoholisiertem Zustande mit der Polizei in Konflikt geraten sind, wurde zurückgestellt. Die Strafverfolgung des völkischen Abgeordneten Strasser, des Kollegen von Ludendorff bei der Reichsführerschaft, wurde abgelehnt. Dieser völkische Kulturträger hat bei einer Kulturtagung der Deutschvölkischen in Weimar zusammen mit dem damaligen völkischen Reichstagsabgeordneten Fahrenhorst in betrunkenem Zustande im „Fürstenkeller" in Weimar die unflätigsten Bezeichnungen und Todesdrohungen gegen Ebert, Scheidemann, Wirth, Severing und andere republikanische Staatsmänner in das Gästebuch des „Fürstenkeller" geschrieben.

Die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über Zusatzsteigerung der Renten in der Angestelltenversicherung wurde zu Ende geführt. Obwohl unser Genosse Hoch den Rechtsparteien noch einmal ihre angestelltenfindliche Haltung vorwarf, lehnte der Rechtsblock alle Anträge auf Erhöhung der Renten in der Angestelltenversicherung ab. (!) In der fortgesetzten Debatte über den Haushalt des Reichsjustizministeriums gab es eine lebhafte Auseinandersetzung zwischen dem Demokraten Brodauf, der die antirepublikanische Voreingenommenheit der meisten Richter unter Beibringung von zahlreichem Material behandelte, und den deutschvölkischen und deutschnationalen Rednern, die ein Loblied auf die Justiz sangen. Nur gefiel den deutschvölkischen Rednern nicht, daß ein Teil ihrer verhafteten Führer ebenfalls in einer Gefängniszelle statt in einem Salon untergebracht wird. Gegen Schluß der Sitzung wurde ein beträchtlicher Justizskandal aufgedeckt. Der demokratische Abg. Brodauf verlas eine Notiz aus dem „Berliner Tageblatt", wonach der Kapitänleutnant v. Killinger als Führer des Wikingerbundes den Aufruf für die Reichspräsidentschaft des Herrn Jarres unterschrieben hat. Dieser Herr v. Killinger ist am 25. Oktober 1924 als Führer der Geheimorganisation „Consul" zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Gericht stellte fest, daß die Mörder Erzbergers, Schulz und Tillessen, unter Killingers Führung tätig gewesen sind und die Organisation „Consul" die Atmosphäre geschaffen hat, aus der die Mordtat erwachsen ist. Bis heute hat v. Killinger seine im Oktober vorigen Jahres verhängte Strafe noch nicht angetreten. Brodauf fragte den Justizminister, wie das möglich sei. Reichsjustizminister Frenken antwortete, daß ein Gnadengesuch (!) für v. Killinger vorliege und die Strafvollstreckung ausgesetzt sei, bis die Entscheidung über das Gnadengesuch vorliege. Der Reichsjustizminister glaubte geltend machen zu können, daß in zahlreichen Fällen so gehandelt worden sei. (!)

Der alte Herr ist entschieden im Irrtum. Wenn v. Killinger erstmal zu den Rechtsparteien etwa zu den Kommunisten gehörte, möchten wir sehen, welche Amtsstelle in Deutschland seine Strafvollstreckung aufgeschoben hätte, bis die Entscheidung über ein Gnadengesuch getroffen worden wäre. Noch jetzt werden im besetzten Gebiet unzweifelhaft deutsche Staatsbürger zu Strafen eingezogen, oder sitzen noch im Gefängnis oder im Zuchthaus, die lediglich wegen Bitterster Not in der Zeit der Separatistenunruhen mit den Gesetzen in Konflikt geraten sind. Trotz allem Druck der rheinischen Abgeordneten hat das Reichsjustizministerium sich in dieser Frage ganz passiv verhalten. Im Falle v. Killinger scheint es dagegen sehr aufmerksam gewesen zu sein, um den intellektuellen Mörder Erzbergers von der Gefängniszelle möglichst fernzuhalten. — Nächste Sitzung: Mittwoch 2 Uhr.

Hergt will Bürgermeister werden.

Das Amt des Oberbürgermeisters in Hannover ist vor wenigen Wochen von der Stadtverordnetenversammlung ausgeschrieben worden. Eine große Anzahl deutscher Kommunalpolitiker hat sich um den Posten beworben. Außer dem Bürgermeister des Bezirks Berlin-Tiergarten, den Oberbürgermeister von Wesermünde, dem Bürgermeister von Oldenburg, dem Reichskommissar für die besetzten Gebiete Schmidt und dem Stadtkämmerer von Berlin, Dr. Karding, hat auch der ehemalige Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Dr. Hergt, durch eine Mittelsperson wissen lassen, daß er bereit sei, sofort seine Bewerbung einzureichen und eine eventl. Wahl unmittelbar anzunehmen.

Die Absicht des ehemaligen Vorsitzenden der deutschnationalen Fraktion, sich künftig hauptsächlich in der Kommunalpolitik zu betätigen, bestätigt, daß Dr. Hergt von seiner Fraktion nicht mehr viel Dank zu erwarten hat und ihm selbst jede Aussicht auf ein früher versprochenes Ministeramt als erledigt erscheint. Hergt ist als deutschnationaler Politiker schon jetzt vollkommen in den Hintergrund getreten. Er hat weder im Reichstag noch in seiner Fraktion oder seiner Partei irgend etwas zu sagen. Seine Bemühungen, es unter diesen Umständen wenigstens mit dem Amt eines Oberbürgermeisters zu versuchen, sind also verständlich.

Die Bewerbung des Reichskommissars für die besetzten Gebiete trägt ebenfalls politischen Charakter. Die Reichsregierung beabsichtigt, das Ministerium für die besetzten deutschen Gebiete in Zukunft nicht mehr durch einen Reichskommissar, sondern durch einen Staatssekretär leiten zu lassen. Als solcher kommt Herr Schmidt entsprechend einem Wunsche seines früheren Kollegen Dr. Luther nicht in Frage. Infolgedessen ist er bemüht, vor der endgültigen Ernennung dieses Staatssekretärs aus dem jetzigen Amt auszuscheiden. Aber sowohl die indirekte Bewerbung des Herrn Dr. Hergt wie der direkte Versuch des Herrn Schmidt, in Hannover das Amt des Oberbürgermeisters zu übernehmen, dürfte verfehlt sein. Die Hannoversche Rathausmehrheit trägt sich nicht mit dem Gedanken, den Absichten dieser Bewerber Rechnung zu tragen. Sie will vielmehr einen der ihr nahestehenden Hannoveraner auf den Schild erheben, und zwar werden neben dem Vorsitzenden des Bürgervorsteher-Kollegiums Dr. Menge, einem eifrigen Welfen und Sozialistenfresser, der Syndikus der Handelskammer, Dr. Finkenwirth, als aussichtsreiche Kandidaten genannt. Ihre „nationale" Gesinnungstreue reicht scheinbar noch weiter als die des ehemaligen deutschnationalen Fraktionsvorsitzenden. Hergt hat also alle Aussicht, in der Republik überhaupt nichts mehr zu werden. Armer Hergt!

Um Elsaß-Lothringen.

Ungeheurer Tumult in der Pariser Kammer.

Paris, 18. März. (Radiomeldung.)

In der französischen Kammer kam es gestern abend gelegentlich der Diskussion des neuen Verwaltungsstatuts für Elsaß-Lothringen zu außerordentlich stürmischen Zwischenfällen. Im Verlauf der Diskussion, die u. a. von dem Abgeordneten des Unterelsaß, Walther, geführt wurde, springt Herriot erregt auf und ruft: „Elsaß darf nicht der Zankapfel unserer Debatten werden!" Als dann ein Abgeordneter der Opposition dem Ministerpräsidenten mit einem beleidigenden Zwischenruf antwortet, entsteht ein ungeheurer Tumult. Der Zwischenredner erklärt, daß er diese Beleidigung aufrechterhält. Painlevé bestragt dann die Kammer, ob über den Zwischenruf die Zensur verhängt werden soll. Diese Frage wird im positiven Sinne entschieden. Der frühere Minister le Trocquer protestiert gegen diese Entscheidung, ohne aber in dem ungeheuren Tumult sprechen zu können. Sobald er verständlich ist, spricht er bewegt, daß der Präsident ihn zur Ordnung rufen muß. Le Trocqer fährt trotzdem in seiner Rede fort. Auch bei dieser Gelegenheit kommt es wieder zu einem Zwischenfall, in dessen Verlauf die Rechtsopposition die „Marseillaise" anstimmt. Die Linke antwortet mit lauten „Pfui"-Rufen. Ministerpräsident Herriot verläßt den Saal; die Sitzung wird geschlossen.

Aus aller Welt.

Religiöser Wahnsinn.

Aus Goßwitz bei Saalfeld wird gemeldet: Der Eisenbahnmagazinarbeiter Oskar Schenk hat einen Mordversuch auf seine Familie gemacht. Schenk besuchte öfter die Veranstaltungen einer „religiösen" Vereinigung in Saalfeld und äußerte in letzter Zeit mehrmals, daß er ein Kind „opfern" müßte. — In der Nacht trat er an das Bett seines 16jährigen Mädchens und führte mit einem Hammer drei Schläge gegen die Stirn des Kindes. Die Frau, die kurz vor der Entbindung steht, sprang dem Kinde zur Hilfe, erhielt aber von dem Wahnsinnigen einen so schweren Schlag gegen den Arm, daß dieser gebrochen wurde. Auch das andere Kind erlitt schwere Verletzungen. — Hausbewohner kamen schließlich auf das Geschrei der Verletzten herbei und machten den Rasenden unschädlich. Die Erregung über diese furchtbare Tat ist natürlich eine sehr große.

Der moderne Minister.

Im Flugzeug von Indien nach England.

London, 18. März.

Sir Sefton Brancker, der englische Vizeluftmarschall, wird heute von seinem Flug aus Indien nach dem Flugplatz Croydon bei London zurückkehren. Es ist das erste Mal, daß diese Reise von einem entfernten Teil des britischen Reichs im Flugzeug zurückgelegt wurde. Der Wert der Reise Branckers liegt nicht nur darin, Verhandlungen mit der indischen Regierung über die Einrichtung eines Luftdienstes zwischen England und Indien gepflogen zu haben, sondern auch, genaue Erkundungen über die Bedingungen und Möglichkeiten eines solchen Luftdienstes gewonnen zu haben. Bemerkenswert ist, daß Branckers Pilot, Allen Cobham, die Entfernung von 18 000 Meilen zurückgelegt hat, und nur eine gezwungene Unterbrechung vornehmen mußte.

Schuldig oder nicht?

Der Indizienbeweis.

Augsburg, 17. März.

Auf Grund eines Indizienbeweises — die Verteidigung trat mangels positiver Schuldbeweise für Freisprechung ein — verurteilte das Schwurgericht in Regensburg nach dreitägiger Prozeßdauer den 24 Jahre alten Forstgehilfen Rudolf Baumann, der am 30. September 1924 nachts den Revierförster Brand im Walde hinterrücks erschossen hat, zu 10 Jahren Zuchthaus. Der Staatsanwalt hatte wegen Mordes die Todesstrafe beantragt. Bei der Urteilsverkündung beteuerte der schluchzende Baumann wiederholt seine Unschuld. Baumann kam mit seinen Bezügen nicht aus, ließ sich bei Holzdiebstählen Unregelmäßigkeiten und Unterschlagungen zuschulden kommen und war nebenberuflich ein notorischer Wilderer. Der ermordete Revierförster hatte mit Anzeige gedroht.

50 Bergleute verschüttet.

Neuyork, 18. März. (Radio.)

Aus Fairmount (Westvirginia) wird gemeldet, daß durch eine Explosion in einem Kohlenbergwerk der „Bethlehem Mines Cooperation" etwa 50 Bergleute verschüttet worden sind. In einem Umkreise von drei Meilen wurden die Gebäude erschüttert.

Schwere Kesselexplosion in Bleicherode. Eine schwere Kesselexplosion ereignete sich auf der Ueberlandzentrale Südharz, durch die der Betrieb stillgelegt wurde. Zwei Personen wurden getötet, sieben bis acht schwer verletzt. Die Verletzten wurden in das städtische Krankenhaus übergeführt.

Forstner / Kreil.

Kloth endgültig abgeschüttelt.

Magdeburger Prozeß.

Magdeburg, 18. März. (Eig. Drahtbericht.)

Am Dienstagmorgen läßt sich vor Beginn der Verhandlung der Angeklagte Rothardt von den zahlreichen Stahlhelm-Jüngern zum Geburtstag beglückwünschen. Er spielt aber im übrigen die gleiche passive Rolle wie in den Tagen zuvor. Sonst bringt der 7. Verhandlungstag die Vernehmung von Zeugen aus Kiel, wo in jenen Januartagen auf der Kaiserlichen Werft ebenfalls ein Streik ausgebrochen war.

An der Spitze marschiert der Kronzeuge der Verteidigung, der jetzige deutschnationale Parteisekretär Freiherr v. Forstner in Darmstadt, von dem bekannt ist, daß er für diese Verhandlung den berüchtigten Isidor Kreil als Zeugen gegen den verstorbenen Reichspräsidenten aufbieten wollte. Er gibt auch zu, mit dem Angeklagten über diesen Prozeß in Korrespondenz getreten zu sein. Der Zeuge war damals erster Offizier der „Königsberg" und schildert, daß der Kreuzer infolge des Streiks nicht rechtzeitig Kohlen nehmen konnte. Die Verzögerung machte allerdings nur einen halben Tag aus. Wieder behauptet der Zeuge, es sei erklärt worden, daß von Berlin aus von der Parteileitung eine Order zum Streik gekommen sei, von welcher Parteileitung, kann der Zeuge um so weniger sagen, als ihm der Unterschied zwischen USP. und SPD. noch nicht klar war. Außerdem führt der Zeuge größere Verluste von Minensuchbooten in jenen Tagen auf den Streik zurück, der eine größere Aktivität Englands zur Folge gehabt habe. Auf eine Frage des Generalstaatsanwalts bestätigt er, daß jetzt ein Strafverfahren vor dem Staatsgerichtshof gegen ihn eingeleitet ist wegen eines Wahlflugblattes, in dem er sich die Vorwürfe gegen den Reichspräsidenten zu eigen machte.

In der Nachmittagssitzung wird Gustav Bauer, der damalige Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften, vernommen. Er schildert die Gründe wirtschaftlicher und politischer Art, die zum Streik geführt haben. Genau wie die Sozialdemokratie habe auch die Generalkommission geschlossen und einmütig zur Landesverteidigung bis zum Schluß gestanden. Gerade die Generalkommission ermöglichte es der Partei, ihren Standpunkt zu vertreten. Einer der Hauptverfechter der Politik der Landesverteidigung war der verstorbene Reichspräsident. So sehr in den Arbeitermassen der Unwille wuchs, so groß war das Bestreben der Partei und der Gewerkschaften, den Krieg zum guten Ende zu führen. Das war nicht leicht, vor allem nicht angesichts des Verhaltens der Militärbehörden. Trotz intensiver Agitation des Spartakusbundes, vor allem der Berliner Rüstungsindustrie, glaubte die Generalkommission nicht, daß die Agitation zum Streik von Erfolg begleitet sein würde. So wurde auch sie vom Streik überrascht. Der Zeuge versichert, genau zu wissen, daß der Parteivorstand nur auf Drängen der sozialdemokratischen Arbeiter in die Streikleitung eingetreten sei zu dem Zweck, Dummheiten zu verhindern. Die Gewerkschaften hätten öffentlich erklärt, daß es sich um keinen gewerkschaftlichen Streik, sondern um einen politischen handle und daß die Generalkommission daher eine neutrale Stellung einnehme. Zunächst wollte die politische Partei darauf hinwirken, daß die politischen Forderungen fallengelassen würden und wollte sich beschränken auf die Forderungen auf dem Gebiete der Ernährung. Der Streik wäre viel schneller beigelegt worden, wenn nicht durch Herrn Ballrafs ablehnende Haltung eine so unangenehme Situation geschaffen worden wäre. Eine andere Stellungnahme habe der Reichskanzler Graf Hertling eingenommen. Der Zeuge verwahrt sich gegen die Behauptung Kloths, er habe den Reichskanzler falsch unterrichtet und mit einem Eisenbahnerstreik gedroht. Er habe ihm allerdings gesagt, daß die Gewerkschaften die Schuld am Streik dem Unverstand der Militär- und Zivilbehörden und der Mehrheit des Preußischen Landtags zuschieben, und daß es auf das äußerste erwünscht wäre für ein spätteres Zusammenarbeiten, wenn der Streik nicht niedergeknüppelt werde, sondern durch Verständigung zu Ende ginge; denn das Land brauchte die freiwillige Arbeit. Bei diesem Bericht an die Gewerkschaftsvorstände habe er allerdings kein Behagen ausgesprochen, daß Deutschland in einer so furchtbaren Situation einen Reichskanzler habe, der 75 Jahre alt war und nicht mehr im Besitz der physischen Gaben sei, um gegenüber dem Militär mit Entschiedenheit aufzutreten. Tatsächlich war der Reichskanzler bei den Beratungen zunächst lebhaft, klappte dann aber bald zusammen. — Der Zeuge gibt zu, den Gewerkschaftsvorständen mitgeteilt zu haben, daß man den Reichskanzler in Reichstagskreisen allgemein deshalb den Fünfminutenbrenner nannte. Das sei aber sehr ernst gemeint gewesen, um über die allgemeine politische Lage Aufklärung zu geben. Herr Kloth habe sich einverstanden erklärt und habe auch nicht gegen die angenommene Resolution gestimmt. — Der Vorsitzende verliest einen Artikel zum Streik im „Korrespondenzblatt", der die Auffassung des Parteivorstandes und der Generalkommission zum Streik wiedergibt.

Allen diesen Aussagen des Zeugen Bauer gegenüber erklärt Kloth kurzerhand: Ich bleibe bei meinen Aussagen.

Nach diesen klaren Bekundungen Bauers jammert Kloth, er müsse, um den Angeklagten Rothardt zu unterstützen, noch einmal ausführlich und zusammenhängend sprechen.

Alle Einwendungen des Vorsitzenden, der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung können den Fanatiker Kloth nicht abhalten, sein Buch vorzulesen. Als er sich aber dazu versteigt, die in der ersten Instanz klar widerlegte Behauptung zu wiederholen, daß ausgerechnet Noske in Chemnitz einen Munitionsarbeiterstreik zu entfachen suchte, wird er von allen Seiten abgeschüttelt. Denn selbst der Angeklagte hat sich diese wahnsinnige Behauptung für die Berufungsverhandlung nicht mehr zu eigen gemacht. Als ihn der Vorsitzende entläßt, erklärt er in seiner Engstirnigkeit und Verbohrtheit, daß er seine Eidespflicht nicht habe erfüllen können. Er ist tief gekränkt, daß man ihn nicht weiterquälen läßt.

Mit der Verlesung einer Rede Scheidemanns im Hauptausschuß des Reichstages vom 28. Februar 1918 über Ernährungsfragen und die Folgen des Rüstungsstreiks fand die Sitzung um 6 Uhr abends ihr Ende.

Wir machen keine schönen Worte,
JOSETTI
Sondern nur
KON LINON
anerkannt gute Qualitäts-Cigaretten, wovon sich jeder überzeugen kann.
JUNO 3 ₰ VERA 4 ₰

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192503 18-16/fragment/page=0003

Vereins-Kalender

der SPD.,

Freien Gewerkschaften, Geselligen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg.

Sekretariat der SPD. Halle (Saale), Harz 42/44 Hofgebäude, 2 Treppen. — Fernruf 1080. (Ortsbureau daselbst (Fernruf 1080).

Halle.

Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Halle (Jugendgruppe) veranstaltet am Mittwoch, dem 18. März, abends 1/28 Uhr, im „Gewerkschaftshaus" eine schlichte Märzgefallenen-Gedenkfeier. Alle jugendlichen Kolleginnen u. Kollegen, Kaufmanns- und Bürolehrlinge sowie andere junge Angestellte sind hierzu recht herzlich eingeladen.

Vereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier. Freitag, den 20. März, abends 8 Uhr, im Saale des „Deutschen Gewerkschaftshaus", Leipziger Straße 63: Abstimmungs-Gedenkfeier. Vortragsfolge: Chor- und Sololieder, Rezitationen, Festvorträge, Streichquartett u. a. m. Wir laden unsere Landsleute, Freunde und Gönner des Verbandes herzlichst ein.

Aus dem Bezirk.

Könnern. Mittwoch, den 18. März, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus" Frauenabend. Ref.: Genossin Becker (Halle). Die Tätigkeit der Frau in der Partei. Alle Genossinnen und Genossen sind freundlichst eingeladen.

Wittenberg. Mittwoch, den 18. März, abends 8 Uhr, bei Ziegler (Töpferstraße) Außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Reichspräsidentenwahl. Erscheinen aller ist Pflicht, auch alle Volksblattleser, die nicht Mitglied sind, sind eingeladen.

Nietleben. Donnerstag, den 19. März, abends 8 Uhr, im „Gasthof zur Sonne": Mitgliederversammlung. Vortrag des Gen. Petersdorff über „Die Bedeutung der Präsidentenwahl". Alle Genossen mit ihren Frauen müssen an der Versammlung teilnehmen. Freunde der SPD. sind willkommen.

Könnern. Donnerstag, den 19. März, abends 7½ Uhr im „Schützenhaus": Wichtige Mitgliederversammlung. Stellungnahme zur Reichspräsidentenwahl. Keiner darf fehlen.

Bitterfeld. Freitag, den 20. März, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten": Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Die Reichspräsidentenwahl. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Breppin. Sonnabend, den 21. März, abds 8 Uhr, bei Faßauer: Mitglieder-Versammlung. Referent: Genosse E. Lebbin. Die Bedeutung der Reichspräsidentenwahl. Die bevorstehende Wahl verpflichtet jedes Mitglied zu erscheinen.

Wettin. Freitag, den 20. März, Mitgliederversammlung. Bericht der Unterbezirkskonferenz. Reichspräsidentenwahl. Ref. Genosse Kramer. Erscheinen aller Mitglieder mit Frauen ist Pflicht. Volksblatt- und Landbotenleser sind eingeladen.

Sangerhausen. Montag, den 23. März, abds 8 Uhr, im „Herrnkrug": Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Die Reichspräsidentenwahl. Es ist Pflicht aller Genossinnen und Genossen, zu erscheinen.

Mansfelder Lande.

Eisleben. Freitag, den 20. März, abends 8 Uhr, im Volkshaus Oeffentl. Wählerversammlung. Tagesordnung: Die Reichspräsidentenwahl. Referent: Genosse Schulz (Halle). Alle Wähler u. Wählerinnen sind eingeladen.

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold

(Bund der republik. Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Halle. Die Ortsgruppe veranstaltet zur Erinnerung an die Revolution von 1848 am Mittwoch, dem 18. März einen Fackelzug. Alle Kameraden einschl. Jungsturm, mit oder ohne Bundeskleidung, sind verpflichtet, teilzunehmen. Antreten pünktlich 7 Uhr in den Bezirkslokalen. Jugend im „Gewerkschaftshaus". Abmarsch 8 Uhr Harz (Gewerkschaftshaus). Sämtliche Spielmannszüge und Musikkapelle zur Stelle.

— **Bezirk 1** (Mitte). Mittwoch, den 18. März, abends 7 Uhr im „Schwarzen Bär", Bärgasse: Treffpunkt aller Kameraden zum Fackelzug.

— **Bezirk 3** (Ost). Zu dem am Mittwoch, dem 18. ds. Mts. stattfindenden Fackelzug treffen sich alle Kameraden des Bezirks um 7 Uhr am Straßenbahndepot (Roßplatz).

Bezirk 5. Mittwoch, den 18. März, abends 7 Uhr: Antreten Dryanderstraße 1.

Spielmannszug der Altersgruppe. Heute Mittwoch abend tritt der Spielmannszug pünktlich 1/28 Uhr im „Gewerkschaftshaus" zum Fackelzug an. Erscheinen aller unbedingt Pflicht.

Ortsgruppe Düben. Sonnabend, den 21. März, abds. 8 Uhr, im „Schützenhaus": Republikanischer Werbeabend, verbunden mit Fackelzug, Konzert, Theater, Rezitation von Gedichten. Die Festrede hält Kamerad Rektor Tschanter Eilenburg. Wir ersuchen die Kameraden der eingeladenen Ortschaften um zahlreiches Erscheinen.

Ortsgruppe Neumark. Die Kameradschaften von Halle, Merseburg und Umgegend werden hiermit an die am Sonntag stattfindende Republikanische Kundgebung in Neumark erinnert und gebeten, sich zahlreich beteiligen zu wollen. Die Ortsgruppen des Geiseltals werden schon zu dem am Sonnabend, abends 8 Uhr, stattfindenden Kommers mit Frauen herzlich eingeladen. Redner: Ministerpräsident a. D. Kamerad Stelling (Berlin, M. d. R.) und Kamerad Meinicke (Merseburg, M. d. L.).

Zentralbibliothek Halle
Burgstraße 27 (Volkspark).
Geöffnet Dienstag u. Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr. — Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhdl., Harz 42/44

Händler und Hausierer kaufen **Seifen etc.** 1497
billigst im Stadtlager
Ernst Mattick, Landwehrstr. 3
Tel. 8833. Tel. 8833.
Durchgehende Geschäftszeit

Krieg dem Kriege!
Von Ernst Friedrich
Preis 5 Mark
Volksblatt-Buchhandlung

Unsere Leser werden hierdurch gebeten, bei ihren Einkäufen u. beim Besuche v. Veranstaltungen nur die Inserenten unserer Zeitung zu **berücksichtigen**

Stadt-Theater.
Donnerstag, abends 7½ Uhr:
Der verlorene Sohn.
Ende 10 Uhr.
Freitag, abends 7½ Uhr:
Vulkan.
Ende 10 Uhr.
Sonnabend, abends 7½ Uhr:
Hans Heiling
Ende 10¼ Uhr.
Die 4. Dekade der Dienstag-Stammkarten wird bis Montag mittag 1 Uhr entgegengenommen.

Pianos
Harmoniums
Sprechapparate
Lüders, Mittelstr. 9/10
Aelteste Handlung am Platze.

Hausschlachtene **Wurst**
zu Tagespreisen, Ia Qualität. 1495
Ed. Sorg,
Kolonialwaren, Hermannstraße 7.

Eine gute Uhr

mit Garantie kauft man billig beim Uhrmachermeister
H. Schindler,
Kleine Ulrichstraße 35.
Große Auswahl in Konfirmanden-Uhren, Dam.- u. Herrenuhren. Armbanduhren.
Ich bitte meine beiden Schaufenster zu beachten. 1507

Lumpen
kauft ständig z. höchst. Preisen
Ph. Schwabach, Halle
Raffineriestr. 44

Wäsche Strümpfe Trikotagen 1500
äußerst billig, da kein Laden
Else Wolffberg, Steinweg 18, I. Etr.

Hellmut von Gerlach:
Erinnerungen eines Junkers
Preis 2, gebd. 3 M.
Volksblatt-Buchhandlg.

Stuhlflechtrohr
am billigsten bei
Lehmann & Härzer
Albrechtstr. 39

Fahrradgummi
Machen Sie ein. Versuch
Viele Aufträge u. Nachbestellungen sind der beste Beweis meiner Leistungsfähigkeit u. anerkannt guten Waren.
Fahrrad-schläuche 90,
extra pa. Qualität 1,10
Strapazierdecke 2,95
Mantel pa. Qual. 3,50
Mantel extr. pa. Qualität 4,25
Gebirgsdecke pa. 4,50
Gebirgsdeck. extra pa. 5,00
Fahrräder 1 J. Gar. 68,00
Nähmasch. 10 J. Gar. 98,00
Ausführl. Katalog gegen Einsendung 10 Pf. in Briefm.
Emil Levy, Hildesheim 326. 1498

Gesichtsausschlag
Pickel, Mitesser, Flechten verschwinden meist sehr schnell, wenn man den Schaum von Zucker's Patent-Medizinal-Seife abends eintrocknen läßt. Schaum erst morgens abwaschen und mit Zuckooh-Creme nachstreichen. Großartige Wirkung, von Tausenden bestätigt. In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerie- u. Friseurgeschäften

Morgen Donnerstag
unsere große Lustspiel-Woche mit dem erfolgreichsten Lustspiel aller Zeiten an der Spitze
Bei mir - Niagara
(Wenn Du reingehst, bist Du weg)
In der Hauptrolle
Buster Keaton
Amerikas größtes Grotesk-Original
C.-T. am Riebeckplatz
Alles Nähere morgen
1918

Druckaufträge
jeder Art übernimmt und liefert schnell und sauber
Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei

Café Roland
Gr. Bockbierfest

Am Sonntag, dem 22. März, verkehrt ein Verwaltungs-
Sonderzug 4. Klasse nach St. Andreasberg
mit Anschluss in Nordhausen nach Benneckenstein:

ab 5.42	vorm.	Halle	an 10.06	nachm.
an 7.50	„	Nordhausen	ab 8.05	„
an 9.30	„	Benneckenstein	ab 6.08	„
an 9.47	„	St. Andreasberg	ab 6.20	„

1911.

Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt von Halle nach Benneckenstein — 7,00 Mk. und nach St. Andreasberg einschl. Zahnradbahnstrecke — 6,80 Mk.
Fahrkartenverkauf von sofort an bei der Fahrkartenausgabe Halle und beim hiesigen Verkehrsverein Roter Turm.

Ago-Ausstellung!
Die Gratis-Besohlungen entfallen auf alle diejenigen Nummern, die mit den Zahlen 17, 37, 57, 77, 97 endigen. Meldungen nehmen die auf der Rückseite der Karten verzeichneten Hallischen Schuhmachermeister bis zum 28. März entgegen, spätere Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden 1917
Zweite Hallische Ago-Ausstellung.
I. A.: Dutck, Hartmann

„Vom Tode errettet . . ."
Lungenleidende! So urteilen Leidensgefährten! Ich habe jetzt schon von Ihnen die sechste Flasche bezogen und ich muß sagen, der Nymphosan-Sirup hat mich noch vom Tode errettet. Erst war ich 10 Wochen im Krankenhause, da hatte ich hohes Fieber und sehr viel Auswurf; auch war ich so schwach, daß ich nicht mehr gehen konnte. Dann ging ich nach Oberstdorf und hörte ich von einem Herrn E. von Ihrem Nymphosan-Sirup. Sofort bestellte ich diesen. Ich habe 14 Pfund zugenommen, kein Fieber mehr und Auswurf hat auch sehr nachgelassen und spreche Ihnen meinen herzlichsten Dank aus. Hochachtend G. B. in O.
So u. ähnlich lauten die fast tägl. bei uns eingeh. Dankschreiben.
Best.: Bals. Myn. ops. 8%. Na. benz. 0,1%. Na. br. 2%. Ferr. pept. oxyd. liqu. aa 5%. Extr. Malt. 24%. Sacch. 16%. £ emuls. Preis pro Flasche M. 3.—. Zu haben in den Apoth., wo nicht, wende man sich an die Alleinhersteller: 1505
Nymphosan A.-G., München 36.

Leistungsfähigste Bezugsquelle für 1919
Chaiselongues
Bettchaiselongues
Sofas u. Sessel
Patent- und Auflege-Matratzen
Ruhebetten- und Matratzen-Werkstätt.
Bruno Paris
jetzt Kl. Ulrichstr. 2
Eing. Kanzleigasse, 2 Min. vom Markt.

Kleine Inserate finden hier weiteste Verbreitung!

Freitag, den 20. März
ist Eröffnung der
größten Schau aller Zeiten.
Eilen Sie zum Vorverkauf, denn es gibt
Massen-Andrang
im
Riesen-Circus Gleich
4 Masten 3 Manegen 2 Bühnen
Das haben Sie in Halle noch nicht gesehen!
Vorverkauf bei Steinbrecher & Jasper, Marktplatz.
1915

Nähmaschinen
auf Teilzahlung 1499
für Haushalt u. Gewerbe
Gustav Lerche
Kl. Ulrichstr. 33 Tel. 8111
Eig. Reparaturwerkstatt

Brauchen Sie
Beitragsmarken?

Lieferung gut, schnell und preiswert durch
Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei
e. G. m. b. H.
Harz 42-44 Fernspr. 6605

Arbeitsmarkt

Es werden gesucht:
zwei tüchtige,
durchaus erfahrene
Modell-Former,
die mit der Anfertigung von Modellplatten in Gips und Metall bestens vertraut sind.
Angebote unter **V. H. 98** an die Expedition dieses Blattes.
1891

Guten Verdienst
biete ich fleißigen Vertretern und Vertreterinnen durch den Vertrieb meiner anerkannten Qualitätswaren, auch an Private, Sanatorien, Krankenhäuser etc.
Abt. 1. Elektr. Kocher, Kochplatten, Tauchsieder, Sonnen-Bügeleisen, Tee- und Kaffeekannen, Service, Kaffeemaschinen, Haarduschen, Massageappar., Heizkissen, Bandagen und Kompressen, Staubsauger, Ventilatoren etc.
Abt. 2. Radioapparate, Röhren- und Detectorempfänger; samtl. Zubehörteile.
Für Musterkollektion sind zirka Mk. 200 erforderlich. Näheres durch: 1883
Elektro-Engros-Haus Georg Kottow, Berlin S.42
Moritzstr. 1. Tel. Moritzpl. 10675.

Werbe-Beamte
für sofort gesucht. Angemessene Tagesspesen und hohe Provision werden bei entsprechenden Erfolgen zugesichert.
Für diese Tätigkeit geeignete Bewerber wollen Meldung nebst Nachweis ihrer bisherigen Beschäftigung unter V. H. 89 an die Inseraten-Abteilg. dies. Zeitung senden.

Achtung! Achtung!
Schuhwaren
für Herren, Damen und Kinder zu billigsten Preisen kaufen Sie stets bei
Richard Philipp
Streiberstraße 25 (Ecke Turmstr.)

Zur Konfirmation
sind **Uhren** und **Schmucksachen** die schönsten Geschenke.

Ich empfehle darin meine reiche Auswahl in jeder Preislage. 1911
Robert Koch,
Uhrmachermeister, Leipziger Str. 44

Bekanntmachung.
Die Versteigerung der Pfänder mit den Pfandnummern von 20721 bis 26087 (Pfandscheine in rotem Druck) wird vom 7. April 1925 von 9 Uhr vormittags an im Leihhause, An der Marienkirche 4, stattfinden.
Versteigert werden Taschenuhren aller Art, sonstige Gold- und Silbergegenstände, ferner Betten, Leib- und Bettwäsche, Schuhwerk, neue und getragene Kleidungsstücke, Zigarren und verschiedene andere Sachen. 1729
Halle, den 10. März 1925.
Das Leihamt der Stadt Halle.

Volksausgabe
in farbig Offsetdruck herausgegeben nach dem Leben angefertigte Original-Radierung des Reichspräsidenten
Friedrich Ebert
Der Preis dieses wirklich naturgetreuen Bildnisses u. hervorragend künstlerischer Ausführung beträgt nur 1,50 Mark.
(Porto und Verpackung nach auswärts 40 Pfennig extra.)
Wir haben für den hiesigen Verbreitungsbezirk den Allein-Vertrieb übernommen.
Volksblatt-Buchhandlung
Halle a. S., Große Ulrichstr. 27

Hausfrauen! Kauft nur in den Geschäften, welche bei uns inserieren

Achtung Raucher!
10% Rabatt
gewähre ich beim Einkauf eines jeden Quantums
Zigarren.
Bei Abnahme von 50 Stück
15 Proz. Rabatt.
Ferner:
ff. Kern- u. Schmierseife
reine weiße Oberschalseife
1914 empfiehlt billigst
Seifengeschäft Gerbstedt
Roterberg 32
Billigste Bezugsquelle f. Wiederverk.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250318-16/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 18. März 1925.

An die Arbeiterschaft!

Gewerkschaftskolleginnen und Kollegen.

Wieder einmal hat der Märzmonat Blut gefordert. Wieder einmal hat die Kugel Wehrlose und Unschuldige niedergeschmettert. Wieder einmal steht die hallische Arbeiterschaft in tiefer Trauer an der Bahre der Opfer, die statt zu friedlicher Versammlung in den Tod geführt wurden.

Die Klage um die Toten wird jedoch laut von der Anklage gegen die Schuldigen übertönt, die zur Verantwortung gezogen werden müssen, gleich, an welcher Stelle sie zu suchen sein mögen. Wir fordern Genugtuung für das zerstörte Leben, für die Wunden und den Schmerz unserer Arbeitsbrüder. Wir mahnen jedoch zugleich die organisierte Arbeiterschaft zu prüfender Wachsamkeit für die Zukunft. Wir fordern von der Gesamtarbeiterschaft Zusammenschluß in der kampfbereiten Truppe organisierter Gewerkschafter, die in ihren Organisationen mit eiserner Disziplin kämpfen, aber auch mit jener Gewissenhaftigkeit und jenem Verantwortungsgefühl geführt werden, ohne die die Masse der Kämpfer ins Verderben geraten muß.

Die Opfer des Blutfreitags sollen am kommenden Donnerstag, nachmittags ¾4 Uhr, auf dem Gertraudenfriedhof der Erde übergeben werden.

Wir fordern die organisierte Arbeiterschaft auf, gegen die an unseren Arbeitsbrüdern begangene Bluttat zu protestieren und den Toten das letzte Geleit zu geben.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Ortsausschuß Halle a. d. S.

Morgen Bestattung der Opfer.

Morgen nachmittag findet die Beerdigung der Opfer der Volksparkkatastrophe statt. Es sind zwei Trauerzüge geplant. Sieben Tote werden auf dem Gertraudenfriedhof beerdigt, ein Toter unter Teilnahme eines ebenfalls größeren Trauerzuges in Zwintschöna (Saalkreis). Heute nachmittag 3 Uhr findet beim Regierungspräsidenten unter Anwesenheit des Landrates des Saalkreises eine Besprechung über die gegebenenfalls zu treffenden behördlichen Maßnahmen statt. Wie wir erfahren, soll die Schutzpolizei möglichst wenig in Erscheinung treten. Der Regierungspräsident hat, wie uns versichert wird, die Absicht, die berechtigten Gefühle der trauernden Hinterbliebenen zu schonen. Die Schutzpolizei, die bei Massenaufmärschen, um solche wird es sich morgen möglicherweise handeln, zu erhöhter Aufmerksamkeit verpflichtet ist, wird für alle Eventualitäten verfügbar bereit stehen, im übrigen jedoch lediglich durch telephonische Verbindung den Kontakt unter sich und dem Massenaufgebot aufrecht erhalten. Infolge dieser durchaus vernünftigen Maßnahme erscheint es uns ausgeschlossen, daß es am Donnerstag zu irgendwelchen unliebsamen Zwischenfällen kommt. Nach menschlichem Ermessen darf angenommen werden, daß die kommunistische Parteileitung die Trauerkundgebung nicht zu parteipolitischen Zwecken mißbraucht.

Nachsehen der Wählerlisten.

Auslegung vom 18. bis 23. März.

Der Magistrat macht bekannt, daß die Stimmliste (Stimmkartei) für die auf den 29. März angesetzte Wahl des Reichspräsidenten von Mittwoch, den 18. März bis einschließlich Montag, den 23. März, wochentags von 8 Uhr vorm. bis 6 Uhr nachm., Sonntags von 8 bis 12 Uhr vorm. in der Aula der Talamtschule, Dreihauptstraße 3, zu jedermanns Einsicht ausgelegt ist. Einsprüche gegen die Richtigkeit der Liste können bis zum Ablauf der Auslegungsfrist schriftlich oder mündlich beim Magistrat angebracht werden. Nach Schluß der Auslegung ist eine Berichtigung der Liste nicht mehr möglich. Abstimmen kann nach § 3 der Reichsstimmordnung nur, wer in die Stimmliste eingetragen ist, oder nach § 9 der Reichsstimmordnung einen Stimmschein erhalten hat.

Den Stimmberechtigten wird empfohlen, den Wohnungsschein, die Geburts-, Heiratsurkunde, Invalidenquittungskarte oder sonstige Urkunden mitzubringen, um sich im Bedarfsfalle ausweisen zu können.

Jeder Wähler und jede Wählerin überzeuge sich, daß sie in der Liste eingetragen sind. Wer nicht in der Liste steht, kann nicht wählen. Die diesmalige Wahl ist entscheidend für die Frage, ob in Zukunft in Deutschland ein republikanischer oder monarchistischer Kurs gesteuert werden soll. Auf jede Stimme kommt es an. Setze sich kein Wähler, der zur Republik steht, sei er Arbeiter, Arbeiterin, Hausfrau, Angestellter oder Beamter, dem Vorwurf aus, durch eigne Schuld sein Wahlrecht nicht ausüben zu können.

Genossen, Genossinnen! Besorgt unverzüglich das Nachsehen der Wählerlisten. Sorgt dafür, daß vor allem auch die wahlberechtigte Jugend und die Frauen in der Wählerliste eingetragen sind. Das Wahlrecht hat jeder 20 Jahre alte männliche und weibliche deutsche Staatsbürger. Wer nicht in der Wählerliste aufgenommen ist, hat unverzüglich die Nachtragung seines Namens zu beantragen.

---

* **Die Fleischpreise in Halle.** Für den Kleinhandel mit frischem Schweinefleisch und Wurstwaren aus reinem Schweinegut sind mit der Fleischer-Innung bis auf weiteres folgende Preise vereinbart: Keule 1,20—1,30, Koteletten 1,20—1,30, Bauch 1,10—1,20, Schinken (im Aufschnitt) 1,60—2,40, Speck, ger. 1,20—1,30, Schweineschmalz 1,20—1,30, Blut- und Leberwurst 1,10—1,20, Knack- und Mettwurst 1,30—1,40, Zervelatwurst 1,60—2,40. Auf dem Wochenmarkte wurden die nachstehenden Preise bezahlt: Rindfleisch: Brust- und Bauchfleisch 0,80—1,00, Keule 1,10—1,30; Kalbfleisch: Schnitzel 1,60—2,00, Keule 1,40—1,50; Hammelfleisch: Koteletten 1,00—1,20, Kochfleisch 0,80 bis 0,90.

* **Fackelzug zur Märzfeier.** Das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold", Ortsgruppe Halle, weist seine Mitglieder nochmals darauf hin, daß der geplante Fackelzug stattfindet. Alle Mitglieder einschließlich Jungsturm, auch ohne Bundeskleidung, müssen erscheinen. Antreten an den bekannten Stellen.

* **Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.** Das Bureau ist am Donnerstag, dem 19. März, von mittags 12 Uhr an, geschlossen.

* **Genossenschaftlicher Lichtbildervortrag.** Am Donnerstag, dem 19. März, abends 1/28 Uhr, findet in der Aula der Talamtschule (Eingang Oleariusstraße) für die Mitglieder der Verteilungsstelle Talamtstraße und Bauhof des Allgemeinen Konsumvereins ein Lichtbildervortrag statt. Der Eintritt ist frei. Freunde und Bekannte können mitgebracht werden.

* **Die Saat des 13. März.** Wie der Polizeibericht meldet, wurde gestern gegen 11 Uhr abends ein Polizeibeamter von der Inhaberin eines Schanklokals in der Königstraße ersucht, die Personalien eines Gastes wegen Hausfriedensbruchs festzustellen. Als der Beamte zur Feststellung schritt, wurde er von der festzustellenden Person und noch einem anderen Gast beschimpft und geschlagen. Das Ueberfallkommando mußte herbeigerufen werden.

* **Schlaganfall.** Gestern abend erlitt ein 51jähriger Invalide in der Magdeburger Straße einen Schlaganfall, wodurch eine linksseitige Lähmung eintrat. Er wurde der Klinik zugeführt.

Mißglückte Rechtfertigung.

Die amtliche Darstellung der Polizeischießerei im „Volkspark". / Acht Tote, vier Schwer-, 19 Leichtverletzte.

Der Polizeipräsident läßt uns soeben folgenden Bericht über das Ergebnis der Untersuchung der Vorkommnisse in der kommunistischen Versammlung im „Volkspark" am 13. März zugehen:

Alle mittelbar und unmittelbar beteiligten Beamten sind vernommen worden. Ebenso die verwundeten Zivilpersonen, die bis auf 2 vernehmungsfähig waren. **Tot sind 8, schwer verletzt 4, leicht verletzt 19 Personen.** Auftragsgemäß sollte das Auftreten der ausländischen Redner in der Wahlversammlung verhindert werden. **Das Verbot wurde dem kommunistischen Parteisekretär Hertel am 13. März, vormittags 10 Uhr, zu Protokoll eröffnet.** Dieser erklärte, daß er dem Abgeordneten Kilian davon Mitteilung machen würde, dann wollte er bis um 1 Uhr Bescheid geben. Das ist nicht geschehen. Mehrmalige Versuche des Polizeipräsidiums, den Parteisekretär Hertel zu erreichen, waren ergebnislos, so daß hier die Meinung, daß die Ankündigung ausländischer Redner nur aus agitatorischen Gründen (!) erfolgt sei, als bestätigt angesehen wurde. Demgemäß sind auch die üblichen Maßnahmen, die für Versammlungen vorgesehen sind, nicht verändert worden.

Der aus sicherheitspolizeilichen Gründen beauftragte Reviervorsteher, Polizeioberleutnant Pietzker, hatte den Auftrag, das Sprechen der Ausländer zu verhindern. Als die Ausländer zu sprechen begannen, war der Polizeioffizier nicht im Saal und mußte herangeholt werden. Als er erschien, waren die Reden beendet und wurde die Internationale gesungen. Darauf erfolgte die Uebersetzung der Reden. Der Polizeioffizier glaubte **dieses verhindern zu müssen.** Um sich Gehör zu verschaffen, klettert er einen Tisch links neben der Bühne und forderte auf, die Uebersetzung zu unterlassen. Sofort setzte ein Gejohle und Gebrüll ein und fielen Schimpfworte, wie „Lump", „Schuft" usw. Dies wird außer von den Beamten besonders von einem Zeugen bestätigt, der in der Nähe des Polizeioffiziers saß und der KPD. nicht angehört. Polizeioberleutnant Pietzker hat seine Aufforderung mehrmals ergehen lassen, drohte dann Zwangsmaßnahmen an, dabei wiederholt betonend, daß sich das Verbot nicht gegen die Versammlung selbst, sondern nur gegen das Sprechen der Ausländer und die Uebersetzung ihrer Reden richte. Der Tumult wurde immer größer; **die ersten Wurststücke fielen.** In diesem Augenblick erklärte der Polizeioffizier die Versammlung für aufgelöst. Es kann angenommen werden, daß alle Versammlungsteilnehmer diese Anordnung in dem Tumult nicht gehört haben. Für die Versammlungsleitung dürfte das aber nicht zutreffen.

Plötzlich wurden gegen den Polizeioffizier zwei Biergläser geworfen, von denen ihn das eine an der Schulter, das andere an der Kehle traf, wodurch er **rücklings taumelte.** Im gleichen Augenblick sah er, daß von der rechten Seite der Galerie jemand eine Pistole oder einen Revolver auf ihn anlegte. **Sofort zog er seine Schußwaffe. Der Galerieschütze (!!) feuerte, die Kugel pfiff an dem Polizeioffizier vorbei und daraufhin gab auch der Polizeioffizier Feuer in der Richtung auf den Schützen ab.** Gleichzeitig fielen mehrere Schüsse während des fortgesetzten Bombardements mit Gläsern und anderen Gegenständen. Die mit dem Polizeioffizier zu seiner Sicherung hereingetretenen Polizeibeamten hatten, um die Räumung des Saales auszuführen, da niemand das vorher erfolgte Gebot des Auseinandergehens befolgte, die Bühne betreten. Sie wurden beschossen, angeblich (!) von der Galerie und aus dem Saal. Sie haben **bei den ersten Schüssen Deckung genommen und dann ebenfalls gefeuert, teils auf Angreifer, teils über die Köpfe derselben hinweg.** Ein Befehl zum Schießen war den Beamten nicht gegeben. **Sie haben aus Notwehr (!!) gehandelt und aus sich selbst heraus die auf sie gerichteten Schüsse erwidert.** Der Polizeioffizier, der mittlerweile vom Tische heruntergestiegen war, gebot das Einstellen des Schießens. Das Ganze war das Werk von Sekunden.

Die hernommenen Polizeibeamten sagen aus, daß aus der Menge, besonders von der Galerie, zuerst geschossen sei, **andere wieder wissen nicht, wo der erste Schuß herkam.** Die vernommenen Verwundeten erklären zum Teil, daß

die Polizei zuerst geschossen

habe, zum anderen Teil wissen sie nicht, wer die ersten Schüsse abgegeben hat. Einer der verwundeten Versammlungsteilnehmer sagt aus, daß er nicht durch Polizeibeamte verletzt sei. Feststehen dürfte, daß tatsächlich der erste, vielleicht (!!) auch der zweite Schuß von der Galerie aus erfolgte. Jedenfalls sind von dieser Stelle der Galerie aus mehrere Schüsse gefallen. (!!) Es wurden Patronenhülsen gefunden, die von der Schutzpolizei nicht verwandt werden. Es entstand eine panikartige Flucht der Versammlungsbesucher, die besonders am Saalausgang nach der Burgstraße derartig drängten, daß das Geländer an der Treppe abbrach und mehrere (hunderte! — D. Red.) herunterstürzten. Das ganze Gebäude wurde geräumt bis auf die als Sanitäter kennzeichnenden Personen. (?!!) Der Untersuchungsbefund der Leichen liegt bis zur Stunde noch nicht vor. Von den Beamten sind 9 verletzt worden, von denen 6 dienstunfähig sind. (gez.) Runge.

*

Es hat ziemlich lange gedauert, bis sich die hallische Polizeileitung über die Form schlüssig wurde, wie sie ihre politische und taktische Unklugheit bemänteln solle. Wollten wir diesen Bericht so kommentieren, wie er es eigentlich verdiente, dann würde der Raum einer Zeitungsseite nicht ausreichen. Wir wollen uns deshalb nur auf die Kennzeichnung der — na sagen wir: allerhandgreiflichsten Merkwürdigkeiten beschränken. Wichtig ist die nochmalige amtliche Feststellung, daß dem kommunistischen Parteisekretär Hertel rechtzeitig zur Kenntnis gebracht worden ist, daß das Auftreten der kommunistischen Redner verboten sei. Ueber das sinnlose und unzulässige Verbot, das unbedingt aufreizend wirken mußte, wollen wir heute kein Wort mehr sagen. Wir verstehen es durchaus, daß sich der Bericht darüber vollkommen ausschweigt. Der Kritik wollen wir nur noch das nervöse und der gegebenen Situation in keiner Weise entsprechende Auftreten des Polizeiführers Pietzker unterziehen. Vernünftigerweise hätte er, da das Verbot nun einmal vorlag, schon gegen die fremdsprachlichen Reden und nicht erst gegen die Uebersetzung einschreiten müssen. Ebenso schwer liegt die Sache für die kommunistische Parteileitung in Halle, die durch Unterschrift bestätigt hat, daß sie von dem Redeverbot Kenntnis habe. Wenn es also der hallischen KPD.-Leitung nicht auf eine Provokation der Polizei angekommen wäre, dann hätte sie wohl die Tatsache des — von uns als gesetzlich unzulässig bezeichneten — Verbots in der ihr eigenen Weise in der Versammlung agitatorisch ausnützen können. Sie hätte in der lieblichen Sprache des „Klassenkampf" auf die „famose Demokratie" in der „verruchten Ebert-Republik" hinweisen können, den Polizeipräsidenten Runge und die Partei, der er angehört, in gewohnter Weise verantwortlich machen können. Niemals aber durfte sie die Ausländer sprechen lassen. Jeder politischen Partei, der es auf wirkliche Verbreitung ihrer Ideen und Ziele mit ehrlichen Waffen ankommt, ist die Erhaltung von Ruhe und Ordnung zum Besten ihrer Sache oberstes Gebot. Die Versammlungsleitung, in der ja wohl auch Herr Hertel gesessen hat, mußte wissen, daß die Versammlungsteilnehmer (durch die Hetzerei des „Klassenkampf" entsprechend präpariert) die Uebertretung des Verbotes zu Schimpfereien auf die „Haarmann"-Sipo und zu Ausschreitungen geradezu ermuntern mußte.

Wir wollen heute auf die lächerliche Darstellung des Oberleutnants Pietzker über den „Galerieschützen", der auf ihn schießen wollte, nicht weiter eingehen. Wir können es begreifen, daß ein Mann von einer solch nervösen Konstitution in diesem Momente allerlei Gespenster sieht. Wie verworren seine Aussagen sind, zeigt ja der auf seinen Angaben beruhende amtliche Bericht selbst, denn einmal ist Herr Pietzker „rücklings vom Tisch zurückgetaumelt", das andere Mal ist er heruntergestiegen. Von besonderer soldatischer Tapferkeit zeugt übrigens sein ganzes Verhalten gerade nicht, denn sonst hätte er der von dem Versammlungsleiter an ihn gerichteten Bitte, von der Bühne aus sprechen zu wollen, entsprochen. Geradezu kindlich ist die Bemerkung in dem Bericht, daß ein Verwundeter seine Verwundung nicht durch die Polizeibeamten erlitten habe. Freilich, wenn man der Meinung ist, daß nach dem Abbrechen des schweren Geländers im Treppenhaus nur „mehrere" Personen herunterstürzten, dann wird man diese Auffassung allerdings begreifen. Mit aller Entschiedenheit muß nach dem bisherigen Ergebnis der Untersuchung aber die immer wieder aufgestellte Behauptung zurückgewiesen werden, daß die Polizeibeamten mitsamt ihrem Führer zu dem Schnellfeuer erst durch zahlreiche Schüsse aus der Versammlung gereizt worden sind. Mehrere Zeugen, die uns viel glaubwürdiger erscheinen wie die beteiligten Polizeibeamten, haben bekundet, daß wohl eine allgemeine Unruhe und Schimpferei entstand, daß auch einige Biergläser geworfen worden sind, daß aber die Behauptung, aus der Versammlung sei geschossen worden, ins Gebiet der Fabel gehöre.

Zusammenfassend stellen wir noch einmal fest, daß neben der hauptsächlichsten Schuld der Polizei auch die Leitung der KPD. eine schwere Schuld trifft, eine Mitschuld, die auch durch noch so wüstes Geschimpfe nicht aus der Welt geschafft wird. Das deutsche Proletariat steht wieder einmal erschüttert vor einer traurigen Katastrophe, die, hauptsächlich durch die Mahnsinnstaktik der KPD. hervorgerufen, acht unschuldigen Proletariern das Leben und einer großen Anzahl schwere Verletzungen gekostet hat, die aber in ihren Rückwirkungen den ehrlichen Kampf des Proletariats nur schwer diskreditieren und schwer schädigen wird. Fürwahr ein entsetzlicher Auftakt zur Wahl am 29. März. Jeder überlege sich, ob er bei der Bedeutungslosigkeit der kommunistischen Kandidatur auch fernerhin für die verbrecherischen Methoden der Rubelsöldlinge seine Haut in kommunistischen Versammlungen und Demonstrationen zu Markte tragen will. Den Schädlingen an der gerechten Sache des Proletariats gibt man die richtige Antwort durch Abgabe eines Stimmzettels für den sozialdemokratischen Präsidentschaftskandidaten Otto Braun.

Runge zur Disposition gestellt.

Beschluß des Staatsministeriums vom 17. März.

Gestern nachmittag ist der hallische Polizeipräsident durch Beschluß des preußischen Staatsministeriums zur Disposition gestellt worden. Der Beschluß folgte anläßlich der Polizeimaßnahmen, die schließlich zur Tragödie im „Volkspark" geführt haben. Der Polizeipräsident hatte, wie bereits in einer der vorigen Nummern angedeutet, das Verbot des Auftretens zweier kommunistischer ausländischer Redner auf Grund einer Verordnung erlassen, die gar nicht mehr bestand. Nach Lage der Dinge war der preußische Innenminister, Genosse Severing, außerstande, das Verhalten des hallischen Polizeileiters zu decken.

*

Runge war bald nach dem militärischen Zusammenbruch 1918 in Köln zum Polizeipräsidenten ernannt worden, nachdem er lange Jahre hindurch als Organisationsleiter in der Sozialdemokratischen Partei unter schwierigen Verhältnissen mit Erfolg gewirkt hatte. Die in Frage kommenden Stellen durften annehmen, daß die organisatorische Begabung Runges auch auf den Posten eines Polizeipräsidenten dem neuen Staat von Nutzen sein würden. Leider stellte es sich jedoch bereits in Köln sehr bald heraus, daß Runge trotz guten Willens und mancher anerkennenswerten Anlage nicht das Format für die Position besitzt, die man ihm unter den ertrübenden Voraussetzungen gegeben hatte. Sein mehr zu betrachtender Lebensweise als zum zielbewußten Handeln neigendes Temperament, ein ausgesprochener Mangel an Entschlußkraft und das sehr ausgeprägte Bedürfnis, auch mit den staatsfeindlichen Rechtsorganisationen (wir erinnern an den 11. Mai und an den im Oktober 1924 geplanten Stahlhelmsporttag) in gutem Akkord zu leben, führten schließlich dazu, daß das Vertrauen der entschiedenen Republikaner zu seiner Entschlußkraft als Repräsentant der Exekutivgewalt in Halle nach und nach schwand und einem Gefühl der Enttäuschung Platz machte.

Wir denken nicht daran, Runge den guten Willen abzusprechen. Wir sind auch heute noch davon überzeugt, daß er im Rahmen seiner Auffassung und seines Temperaments in jeder Situation das Beste gewollt hat. Die Entwicklung zeigte jedoch, daß an einen Polizeipräsidenten der Republik Anforderungen gestellt werden, denen Runge auf Grund seiner ganzen Naturanlage nicht gerecht zu werden vermochte.

Wir bestätigen gern, daß der Polizeipräsident Runge durch seine Ernennung das Opfer eines Irrtums geworden ist, der ursprünglich nicht bei ihm lag. Runge hat sich seinerzeit nicht um die Polizeipräsidentenstelle in Köln beworben. Aus diesem Grunde wünschen wir ihm eine Zukunft, die sich im Rahmen und in den Grenzen seiner natürlichen Veranlagung und Begabung bewegt.

Runges Nachfolger.

Zum Nachfolger des zur Disposition gestellten Polizeipräsidenten Runge ist der Regierungsdirektor Oexle vom Berliner Polizeipräsidium ernannt worden. Oexle ist juristischer Verwaltungsfachmann. Er hat seine Laufbahn im elsaß-lothringischen Ministerium begonnen und war bis zu seiner Ausweisung durch die Franzosen Kreisdirektor in Molsheim. Anschließend war er im Reichsernährungsministerium tätig, wurde dann zum kommissarischen Landrat in Bublitz und schließlich zum Regierungsrat in Düsseldorf ernannt, wo ihm das Polizeidezernat des Regierungspräsidiums übertragen war. Darauf erhielt er die Stelle des Stellvertretenden Polizeipräsidenten in Düsseldorf. Am 27. Januar 1923 wurde er als einer der ersten von den Franzosen aus Düsseldorf ausgewiesen. Seitdem ist Oexle als Regierungsdirektor beim Polizeipräsidium in Berlin tätig. Der neue hallische Polizeipräsident ist politisch Demokrat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250318-16/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

Der Fall Gründlich.

Ein Intrigenspiel des Sangerhäuser Bürgerblocks.

Sangerhausen, 15. März 1925.

Die Stadtverordnetensitzung in voriger Woche hatte eine große Anzahl sensationslüsterner Spießbürger angelockt, dachte man doch, ein vernichtendes Anklagematerial gegen den abgebauten Bürgermeister Genossen Gründlich zu hören. Die Sensationslüsternen sind aber nicht auf ihre Rechnung gekommen, denn der Wortlaut des Urteils des Abbau-Ausschusses und die Aussprache, die sich seiner Verlesung anschloß, ließ jeden unbefangenen Zuhörer erkennen, daß trotz der Einspruchszurückweisung der Genosse Gründlich gar nicht der Verurteilte ist, sondern vielmehr der Finanzdezernent, der 2. Bürgermeister Brüninghauß, und der Genosse Stadtrat Curow. Genosse Gründlich wird nur für die Maßnahmen dieser beiden als Magistratsdezernent verantwortlich gemacht! Es werden Mißstände vornehmlich in der städtischen Finanz- und Kassenverwaltung, also aus dem Dezernat des trotz seines Alters (über 61 Jahre alten) aber nicht abgebauten 2. Bürgermeisters gerügt. Und dem Genossen Stadtrat Curow soll Genosse Gründlich „eine der Stadthauptkasse verhängnisvoll gewordene Machtstellung übertragen" haben. Hier in Sangerhausen ist davon überhaupt nichts bekannt. In Wirklichkeit ist dem Genossen Curow, der als Gegenbuchführer angestellt war, anstatt dieser Tätigkeit die Bearbeitung des Etats und Anleihesachen sowie die Besoldungsangelegenheiten aufgetragen worden. Dadurch soll Curow „seinen Anstellungsverpflichtungen nicht nachgekommen" sein. Da empfehlen wir der Aufsichtsbehörde, sich einmal die Verhältnisse in Roßla (Kreis Sangerhausen) anzusehen, wo nach dieser Auffassung weder der Rendant noch der Gegenbuchführer „ihren Anstellungsverpflichtungen" nachkommen und dafür noch besonders bezahlt werden! Aber dort handelt es sich nicht um Sozialdemokraten, sondern gut deutschnational gesinnte Beamte. Eingangs des Urteils heißt es nun: „Um festzustellen, ob der Einsprechende für sein Amt geeignet ist, hat der Ausschuß Aktenauszüge des Herrn Regierungspräsidenten als Aufsichtsbehörde betr. das dienstliche Verhalten des Einsprechenden seiner Entscheidung zugrunde gelegt. Welches sind nun in der Hauptsache diese zugrunde gelegten Aktenstücke, wie sind sie entstanden und aus wessen Händen kommen sie? Es war im Jahre 1921, als Genosse Curow, der derzeit auch Vorsitzender unseres Parteivereins war, zum Stadtrat gewählt worden war. Sofort setzte von deutschnationaler Seite ein scharfes Treiben gegen die Bestätigung ein. Den Reigen eröffnete ein gehässiger Angriff in der deutschnationalen „Kyffhäuser Zeitung" (Nr. 258, 28. Oktober 1921). Deputationen und Berichte an die Regierung in Merseburg sind gefolgt, die dort — es war noch in der Zeit der Aera v. Gersdorf — sicher auf fruchtbaren Boden gefallen sind. So erreichte man zunächst, daß die Bestätigung 14 Monate hinausgezögert wurde und während dieser Zeit eine bürgerliche Mehrheit im Magistrat vorhanden war. Für den unbefangenen Beurteiler wird aber klar sein, daß man in Merseburg mündlich und schriftlich nicht das „Hohelied" von Curows Brauchbarkeit gesungen hat. Gelesen hat diese deutschnationalen Berichte hier außer den Verfassern kein Mensch. Von ihrem Vorhandensein in Merseburg haben wir auch erst durch das Urteil des Ausschusses Kenntnis erhalten. Diese, von dem politischen Gegner herstammenden Akten, die sicher tendenziös gefärbt sind, weil sie von parteigegnerischem Hasse diktiert sind, bilden die Unterlage des Urteils. Uebersehen darf man aber auch nicht, daß die Wahrheit aller dieser Anwürfe nie geprüft worden ist. Genosse Curow hat, weil er sie nie zu Gesicht bekam, sich auch nie dazu äußern können; es sei aber hier ausdrücklich festgestellt, daß auch dem Genossen Gründlich diese von dem Ausschuß nicht vorgelegt worden sind, er also nicht in der Lage gewesen ist, sich dazu zu äußern! Genosse Troll hatte ganz recht, als er in der Sitzung u. a. ausführte: „Mein Rechtsempfinden sträubt sich dagegen, daß man einen Menschen, dem man die Art seines angeblichen Verschuldens gar nicht bekanntgibt, ohne Anhörung einfach verurteilt! Und das nennt sich preußische Justiz!" Und sein angeführtes Beispiel gibt zu dem Falle die rechte Illustration: Es ist dasselbe, wenn X. zu dem Kadi läuft und angibt, Y. sei ihm 1000 Mk. schuldig, und der Richter sofort den Y., ohne ihn gehört zu haben, verurteilt, die Schuld zu bezahlen. So etwas ist bisher in deutschen Landen nicht Sitte, Gebrauch und Recht gewesen. Wir stellen dies vor der breiten Oeffentlichkeit fest. Wir können auch nicht annehmen, daß die Abbauverordnung die Handhabe gibt, in der von dem hallischen Ausschuß geübten Weise zu verfahren, müssen, bis wir nicht vom Gegenteil überzeugt werden, behaupten, daß der Ausschuß einen Fehlspruch getan hat, der sich mit dem geltenden Rechte nicht in Einklang bringen läßt. Etwas breitspurig nimmt nun auch das Urteil darauf Bezug, daß Genosse Gründlich nach Merseburg geladen worden sei, um sich über Curow zu äußern. Dem unbefangenen Beurteiler dieser Tatsache wird aber sofort klar werden, daß diese Ladung nicht um Curows oder Gründlichs willen geschehen ist, sondern um derer willen, die den Schmutz über Curow dort eingerührt hatten. Es war ja klar, es lagen keine Gründe vor, um die Bestätigung zu versagen. Es waren aber nun schon 14 Monate ins Land gegangen und da mußte den deutschnation. Gegnern der Bestätigung der Rückzug möglichst erleichtert werden; es mußte nach außen hin der Versuch gemacht werden, die Hetze gegen Curow nicht als bloße Schaumschlägerei erscheinen zu lassen. Alles in allem: hätte der Ausschuß pflichtgemäß den Genossen Gründlich angehört, so hätte sich herausgestellt, daß Curow für die Zustände im Kassenwesen nicht verantwortlich war, daß er also auch keinen unheilvollen Einfluß ausgeübt hatte, daß von Anstellungsverpflichtungen Curows der Kasse gegenüber gar nicht die Rede sein konnte, daß Curow stets und immer behauptet hat und noch heute behaupte, dem Regierungsrat Dörge gegenüber nie gesagt zu haben, er beaufsichtige den Geschäftsbetrieb u. a. m. Wenn das Urteil nun zum Schlusse hin auf die mißlichen Finanzverhältnisse der Stadt Bezug nimmt und dabei u. a. sagt, daß diese unter der Verwaltung Gründlichs eine auffällige Zerrüttung erfahren habe, daß sich dieser Zustand auch später nicht gebessert, was aus der Tatsache folge, daß sich die städtischen Beamten zu dem auffälligen Schritte gezwungen sahen, eine einstweilige Verfügung des Amtsgerichts herbeizuführen, daß ihnen die Zuschüsse zum Gehalt auch ausgezahlt würden, so ist zu bemerken, daß dies in der schlimmen Zeit der Inflation nicht nur in Sangerhausen, sondern auch anderwärts, sich ohne Schuld des Bürgermeisters, nur aus den Verhältnissen heraus, eingestellt hatte, die zu meistern kein Mensch in der Lage war. Und daß einmal die Beamten auf Wunsch des Genossen Gründlich einige Tage mit der vollständigen Auszahlung des Gehalts warten sollten, um ausstehende Krankenhausrechnungen erst bezahlen zu können, lag die gute Absicht im städtischen Interesse zugrunde, was sich durch die verhinderte Vernehmung des Genossen Gründlich durch den Ausschuß nicht hat klären lassen. Uebrigens ist es auch kürzlich, am 1. Januar d. J., wieder vorgekommen, daß den Beamten ihr Gehalt nicht gezahlt werden konnte, ohne daß man daraus dem jetzigen Magistratsdirigenten, 2. Bürgermeister Brüninghauß, einen Vorwurf gemacht hat.

Auf alle Einzelheiten des Urteils einzugehen, verbietet uns der zur Verfügung stehende Raum. Aus der Aussprache sei nur noch folgendes erwähnt: Der Stadtverordnetenvorsteher Fr. Eckhardt glaubte, als Genosse Troll den Vorwurf im Urteil, Genosse Gründlich sei große Saumseligkeit im Geschäftsverkehr zur Last zu legen, zurückweist und auf die schwer auf Gründlich lastende Arbeit hinwies, die durch die vollständige Unbrauchbarkeit des Stadtsekretärs Eichholz bedingt war, eine Lanze für diesen dem Trunke ergebenen Eichholz brechen zu müssen, wohl schon deshalb, weil dieser deutschnational ist und seinerzeit den politischen Gegnern Gründlichs gute Dienste erwiesen hat. Und das tat Herr Eckhardt, trotzdem allgemein in der Stadt bekannt ist, daß Eichholz den Alkohol dermaßen liebt, daß er betrunken in seinem Dienstzimmer aufgefunden worden ist, in das Archiv getragen werden mußte, wo er seinen Rausch ausgeschlafen hat. Wenn Herr Eckhardt sich getraute, trotzdem ihm dies alles bekannt sein muß, Eichholz als einen fleißigen Arbeiter zu loben, so sei ihm gesagt, daß schon im Oktober 1921 der Beamtenausschuß, dem Stadtsekretär Eichholz eine weitere Gehaltserhöhung desselben nicht befürworten konnte, weil derselbe seinen Dienst dauernd vernachlässige! Gegen Eichholz war bei dem Regierungspräsidenten auch ein Disziplinarverfahren wegen dieser und noch anderer Verfehlungen beantragt, und durch die Nachsicht des Genossen Gründlich, dem die Familie des Eichholz leid tat, ist er nur mit heiler Haut davongekommen.

Man scheute sich von bürgerlicher Seite auch nicht, in der Aussprache Lügen anzudichten: Obwohl er die Genehmigung zum Wiedereintritt in den juristischen Vorbereitungsdienst bereits in Händen hatte, soll er öffentlich behauptet haben, infolge seines Abbaues würde diese Genehmigung versagt werden. In Wahrheit hat Genosse Gründlich den Vorwurf erhoben, daß nach dem Abbau sein Rücktritt in den Justizdienst zwecklos wäre. Als ob die Herren Gerth und Eckhardt nicht ganz genau wüßten, daß sie mit dem Abbau des Genossen Gründlich seine Zukunftsaussichten zunichte machten. Und das ist auch der Hauptzweck der Veröffentlichung der Entscheidung des Abbauausschusses! Ein neuer Racheakt an dem politischen Gegner, obwohl dieser in keinem Dienstverhältnis zur Stadt Sangerhausen mehr steht! Das gab auch der Stadtverordnete Gerth zu, wenn er auch, als unsere Genossen dies feststellten, sich wieder rückwärts zu salvieren versuchte.

Mit diesem unerhörten Verhalten des Bürgerblocks ist nun vorläufig der Vorhang über das Drama Gründlich gefallen. Nur vorläufig! Noch gibt es einen Ueberwachungsausschuß, der noch ein Wort sprechen wird. Auch wird Genosse Curow sein gutes Recht suchen und sich nicht unverteidigt dem Wüten einer Geheimkamarilla gegen ihn preisgeben. Es werden sich Mittel und Wege finden, durch die das lichtscheue Treiben dieser „treuteutschen" Intriganten aufgedeckt werden wird, und dann, hoffen wir, wird sich auch der Vorhang über den Fall Gründlich wieder heben, und ein unparteiischer Richter wird einen Spruch tun, an dem sich die Hetzer in Schwarz-Weiß-Rot und in Christo die Zähne ausbeißen werden.

Herr Barthel berichtigt.

Zu dem von uns in Nr. 55 veröffentlichten Artikel „So sehen sie aus" schickt uns der Steinmetzmeister Robert Barthel (Artern) unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes nachstehende Richtigstellung:

Zu der im hallischen „Volksblatt", Nr. 55, Jahrgang 1925, Blatt 3, über mich verbreiteten Notiz, betitelt: „So sehen sie aus", in welcher ich unter Beibringung einer Bescheinigung meines früheren Arbeitgebers des Streikbruchs bezichtigt wurde, erkläre ich folgendes:

Unwahr sind die in der Bescheinigung aufgestellten Behauptungen, die man sich bei dem Stahlhelmmitglied Alfred Möbius holte.

Nie habe ich mich des gemeinen Streikbruchs schuldig gemacht.

Wahr ist aber folgende, von den drei damals mit mir in dem Betrieb Möbius beschäftigten proletarischen Arbeitskollegen unterschriebene Erklärung.

Diese Erklärung liegt in Maschinenschrift bei und besagt, daß B. vom 12. November 1920 bis zum 7. April 1923 in dem Betrieb von Möbius die technische Leitung hatte und er als Stellvertreter des Geschäftsinhabers zu betrachten war. Die Unterzeichner der Erklärung bestreiten, daß Barthel während des Streiks in der angegebenen Zeit ihnen in den Rücken gefallen sei. Er habe sich an dem ersten Streik beteiligt. Bei dem Lohnstreik im März 1922 sei er zwar die ersten drei Tage nicht aus dem Betrieb gegangen, habe sich aber vom vierten Tage an nach Aufforderung der Streikenden am Streik beteiligt. Diese Erklärung ist unterzeichnet von den Steinmetzen Wilhelm Richter und Franz Sichert sowie von dem Steinmetzarbeiter Fritz Mühlberger.

Aus dieser Darstellung geht hervor, daß Barthel sich darauf stützt, daß er als Vertreter des Inhabers nicht verpflichtet war, am Streik teilzunehmen, daß er sich aber anschloß, als er aus dem Betrieb herausgeholt wurde. Sonderbar will es uns dennoch erscheinen, daß B. das Licht scheute und seine Arbeiten während des Streiks hinter zugezogenen Gardinen verrichtete, sowie auch durch die sonst verschlossene Hintertür ein- und ausging. Meint er, daß er durch seine „Berichtigung" eine andere Beurteilung erfährt?

Sangerhausen. Funktionärsitzung der SPD. Zu Sonntag nachmittag waren die Funktionäre nach dem „Herrnkrug" gerufen, um zur bevorstehenden Präsidentschaftswahl Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende, Genosse Waldmann, gab einen Bericht von der vormittags stattgefundenen Unterbezirkskonferenz und erörterte anschließend örtliche Fragen. Die Diskussion war sehr rege. Besonders die Frage des Schlepperdienstes wurde lebhaft erörtert und dann einstimmig beschlossen, denselben in der bisherigen Form beizubehalten und noch weiter auszubauen. Die Hauptsache ist aber, daß sich alle Genossinnen und Genossen am Wahltage zur Leistung von Wahlarbeit zur Verfügung stellen. Im ersten Wahlgang vor dem 29. März soll eine öffentliche Wählerversammlung stattfinden, und zwar am Freitag, dem 27. März, im „Herrenkrug", mit dem Genossen Krüger als Referenten. Am Sonntag, dem 22. März, findet eine allgemeine Flugblattverbreitung auf den umliegenden Ortschaften statt. Die Verbreitung in der Stadt wird einige Tage vor oder nach dem 22. März durchgeführt. Zur Flugblattverbreitung haben sich alle Mitglieder zur Verfügung zu stellen.

Kelbra. Parteiversammlung. Heute, Mittwoch, abends 8 Uhr, findet in der Schenke eine Mitgliederversammlung des hiesigen Parteivereins statt. Tagesordnung: Die Reichspräsidentenwahl. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Kelbra. Auflösung der Stadtverordnetenversammlung. Wie wir von gutunterrichteter Seite erfahren, hat das Ministerium des Innern die Kelbraer Stadtverordnetenversammlung für aufgelöst erklärt. Die Neuwahl wird voraussichtlich Ende Mai erfolgen. Somit werden wir wohl in diesem Jahre überhaupt nicht aus den Wahlkämpfen herauskommen.

Kelbra. Achtung, Holzarbeiter! Donnerstag abend findet in der Sängerhalle eine öffentliche Werbeversammlung des Holzarbeiterverbandes statt. Ein Vertreter der Gauleitung wird sprechen. Anschließend wird der Bericht vom Gautag gegeben. Alle Holzarbeiter bzw. Knopfmacher, vor allem die dem Verband noch Fernstehenden, müssen erscheinen.

Wolfen. Vom Zuge erfaßt. Auf dem Bahnhof Jeßnitz wurde Sonntag abend der 19jährige R. Mockaz von hier von einem anfahrenden Zuge erfaßt und zur Seite geschleudert, wobei M. schwere Verletzungen an Kopf und Hüfte davontrug. Er wurde nach Dessau ins Krankenhaus geschafft, sein Zustand ist sehr ernst. Der Unfall scheint auf eigene Unvorsichtigkeit des Verunglückten zurückzuführen zu sein.

Düben. Der Konsumbrand hat nunmehr seinen Abschluß damit gefunden, daß die Brandschadenkommission der Städtefeuersozietät bei den Konsumgebäuden Totalschäden feststellte. Es wurden daher dem Verein laut Versicherung bereits etwa 6000 Mark ausgezahlt. Der Wiederaufbau der Gebäude soll umgehend in Angriff genommen werden; eine am kommenden Sonntag stattfindende Generalversammlung der Genossenschaft wird hierzu noch Stellung zu nehmen haben. In diesem Zusammenhang möchten wir darauf hinweisen, daß das Interesse aller Verbraucher den Zusammenschluß in den Konsumvereinen erfordert. Es sind in Düben viel zuviel Geschäfte vorhanden, die sich nur durch erhöhte Preise halten können. Verglichen mit den Großstädten ist das Leben in Düben teilweise teurer als dort. Nur der Konsumverein ist in der Lage, diesen Auswüchsen entgegenzutreten. Auffallend ist übrigens auch hier wiederum, daß besonders Kommunisten ihren Bedarf in den Privatgeschäften decken. Sie hoffen sicherlich, auf diese Weise die kommunistische Wirtschaft einzuführen! — Die durch den Brand an den Gebäuden von Ebert und Schuster hervorgerufenen Schäden wurden von der Sozietät mit etwa 200 bzw. 500 Mark beglichen. Da sämtliche Betroffenen, also auch der Konsumverein, nur zu Vorkriegspreisen versichert sind, sind diese nicht in der Lage, den früheren Zustand wieder völlig herzustellen. Besonders schlimm ist durch den Brand z. B. die im Konsum wohnende Familie Lösche betroffen worden, da deren Mobiliar nicht versichert ist. Es sind ihr alle Vorräte an Kohle, Holz, Kartoffeln usw verbrannt. Aufs schärfste zu brandmarken ist übrigens die Handlungsweise eines Unbekannten, der beim Ausräumen der Löscheschen Einrichtung bei einem Diebstahl erwischt wurde. Pfui Teufel! Da das Schustersche Mobiliar ebenfalls nicht versichert ist, erlitt auch dieser durch Verbrennen von Handwerkszeug einen erheblichen Verlust.

Rabis. Volkshochschulabend. Am 11. März fand im Rodensteinschen Gasthof wiederum ein Volkshochschulabend statt. Herr Lehrer Zacharias (Mescheida) sprach über die frühere Landschule und unsere jetzige Arbeitsschule. Bei Eröffnung des

---

Die bunten Schleier.

Roman von Alfred Schirokauer.

34] (Nachdruck verboten.)

Da schäumte der Zorn in der biederen Jungfrau über. „Wenn du diesen Menschen doch nie gesehen hättest! Aber wer konnte das ahnen, als er ein Knabe war! Und daß der Vater dein Vormund wurde, konnte ich ja nicht ändern. Wie nett war er da oft zu dir, wenn er herkam und die Bücher brachte und so. Und immer sah ich euch beide schon als Mann und Frau. Und nun behandelt er dich so!"

Gentilla machte eine abwehrende Bewegung und ging die Treppen hinauf in ihr Schlafzimmer, abzulegen. Jane folgte, doch die Lokalveränderung bewirkte keinen Wechsel des Themas.

„Damals, als ihr zusammen da hinunter fuhret, habe ich mir voll Freude gesagt: Nun wird's endlich. Aber als du gar nichts davon schriebst und auf alle meine Fragen nach Bob nicht antwortest, schien mir die Sache gleich nicht geheuer. Und dann hörte ich, daß er allein zurückgekommen ist und — —"

„Komm, Jane, wir wollen die Koffer auspacken," unterbrach Gentilla.

Die Wirtschafterin schwieg und gehorchte. Plötzlich aber richtete sie sich auf und sagte: „Weißt du was Genty, ich werde einmal hingehen und mit dem jungen Mann sprechen."

„Untersteh dich!" drohte Gentilla scherzhaft.

„Ja, aber" — rief Jane, einen Rock wie eine Trauerfahne schwenkend, „wie lange willst du denn noch auf ihn lauern und alt und welk werden vor deiner Zeit? Willst du dein ganzes Leben lang warten, bis das richtige Leben wirklich beginnt?!"

Da blickte Gentilla sie nachdenklich an und sagte: „Ach, Jane, vielleicht bilden wir uns alle immer nur ein, es sei noch nicht das richtige Leben; das beginne erst morgen. Und dabei ist es schon längst das „richtige" Leben, das uns nun mal beschieden ist."

Jane stutzte. „Das verstehe ich nicht," sagte sie. „Aber soviel verstehe ich, daß dieser Mensch dich unglücklich macht."

„Nicht er, ich mache mich unglücklich."

Da warf Jane den Rock hoch im Bogen aufs Bett, packte Gentilla an den Armen und brach los: „Zum Donnerwetter," rief sie, hielt aber sofort inne und entschuldigte sich: „verzeih, man soll nicht fluchen, aber die Galle steigt einem hoch, wenn man das mit ansieht. Dann reiß dich endlich von ihm los! So eine energische kleine Person wie du sonst bist. Ganze Städte gräbst du aus und befreist du von dem Schutt und Staub der Jahrtausende, und dich selbst kannst du nicht einmal aus den verstaubten Erinnerungen deiner Kinderliebe herausgraben! Da gibt es denn doch noch ganz andere Männer für dich als diesen Steineklopfer, wo du in allen Zeitungen stehst, und erst gestern hat James, der neue Butler von Trollops nebenan gesagt, du bist die berühmteste Frau in ganz England. — Und wenn du nicht mehr nach ihm verlangst, wirst du auch wieder hübsch und jung aussehen, denn die Anlagen dazu sind da — da sind sie schon — —"

Jane Humphreys Wünsche und Hoffnungen wurden über alles Erwarten prompt erfüllt, als noch an demselben Nachmittage ein schneidiger Motorwagen vor der Haustüre puffte. Und das geschah dann Tag für Tag zur Teestunde.

Der guten Jane Humphrey gefiel Mac Lean restlos. Nicht wegen seiner splendiden Ader, obwohl die brave alte Jungfer Geschenken nicht abhold war. Das sind Menschen selten. Nein, er gefiel ihr auch so. Sie fand ihn hübsch. Geradezu hübsch. Und wie ein ausgewrungener Lappen sah er wahrhaftig nicht aus. Er war ja ein bißchen beleibt, na ja. Aber ist das ein Fehler, wenn einer ein bißchen was zuzusetzen hat? Und dann weiß jedes Kind: dicke Menschen — gute Menschen. Nur Bösewichter wie Ferry — die sind schlank und sehnig. Denn Bosheit zehrt.

Nein, Jane waren die Dicken lieber. Die quälen die Frauen nicht.

Jane sah hoffnungsfroh in die Zukunft ihres Kindes, wenn sie auch beim Horchen an der Tür — „Gott verzeih mir die Sünde", betete sie dabei, „aber du wirst in deiner Liebe um uns einsehen, daß ich wissen will, wie die Dinge für meine kleine dumme, ach, viel zu kluge Genty stehen —" wenn sie auch beim Horchen keine Kennzeichen fortschreitender Liebe auf Gentillas Seite wahrnahm. Aber er „warb um ihre Liebe". Und das war immerhin ein Anfang. Steter Tropfen höhlt den Stein und das verhärtetste Frauenherz.

Mac Lean lebte jetzt einen seiner Intervalle der Muße in seinen Unternehmungen. Das Weltbad, Monte Carlo plus Pompeji, lief jetzt von selbst unter kundiger Leitung tüchtiger Hilfskräfte. Der kleine Mann gab sich der Ruhe und der Liebe hin. Freilich erfolglos.

Wenn er, pünktlich wie der Big Ben von Westminster, mit dem Glockenschlage fünf vorfuhr, plauderte Gentilla liebenswürdig mit ihm, bereitete ihm hausfraulich lieb den Tee, wies seine Liebeserklärungen mit stoischem Gleichmut zurück und sagte nach einer Stunde: „Jetzt muß ich arbeiten, lieber Freund, Phytae ruft."

„Lassen Sie es rufen."

„Es ist aber mein Ruf als Archäologin," scherzte sie, „den Sie arg demoliert haben mit Ihren wilden Weltbad-Plänen."

„Nehmen Sie als Entschädigung endlich die 25 Prozent."

„Sie möchten Ihr Gewissen gern beschwichtigen."

„Das auch."

„Ich verkaufe meine Ueberzeugungen nicht. Und nach meiner Ueberzeugung hat mein schönster wissenschaftlicher Erfolg mit Einkünften aus Monte Carlo nichts zu tun."

Er blickte betreten drein. „Hat man Ihnen das — dieses Weltbad sehr übelgenommen in wissenschaftlichen Kreisen?"

„Ehrlich gesagt: nein. Man hat mich mit Ehren bei meiner Rückkehr überhäuft. Man hat mich weit mehr gefeiert, als ich verdiene."

Da sprang der kleine Mann auf und tanzte im Zimmer umher vor Freude und Entlastung seines Gewissens.

Sie blickte ihm belustigt zu.

„Eins begreife ich nicht," lachte sie.

„Was?" Er stand prustend still und handhabte sein seidenes Tuch.

„Daß Sie bei Ihrer genialen Veranlagung zur Erkenntnis von Gewinnchancen diese übersehen haben."

„Welche?"

Sie zeigte mit dem Finger auf ihn. Er blickte verdutzt suchend an sich hinab.

„Ich finde nichts," stellte er fest.

„Aber ich. Einen brillanten Exzentric-Tänzer für eine Music-hall. Sie würden Furore machen. In diesem Falle hätte ich kein Bedenken, 25 Prozent des Reingewinns einzustreichen."

„Sie sind hart," zürnte er und setzte sich gekränkt nieder.

„Man wird so, wie einen das Leben macht," seufzte sie.

Jane Humphrey hörte durch die Tür keine Fortschritte der Liebe. Doch sie tröstete sich — wie gesagt — mit dem alten Sprichwort vom steten Tropfen und dem guten Ding, das Weile beansprucht. Und sie tröstete auch den jungen Mann.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250318-16/fragment/page=0006

abends gedachte der Vorsitzende in kurzen Worten des verstorbenen Reichspräsidenten. Das Andenken des Verstorbenen wurde durch Erheben von den Plätzen geehrt. Herr Zacharias verstand es, in leichtverständlicher Weise und unter Heranziehung von praktischen Beispielen aus seiner Schule den Hörern die Nachteile der alten Lernschule und die Vorteile der heutigen Arbeitsschule klarzumachen. Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir, dies war das Leitmotiv seiner Ausführungen. Leider fehlten gerade die Eltern, deren Kinder die Schule besuchen und für die die Ausführungen so wichtig waren. Ein gedeihliches Zusammenarbeiten von Elternhaus und Schule gereicht der Schule und den Kindern stets zum Segen! Ein etwa zwei Jahre bestehender Elternrat ist leider schlafen gegangen. — Der Kreisausschuß Wittenberg übersandte der Volkshochschule 85 Mark Mitgliedsbeitrag für 1924. Als Abschluß des Winterhalbjahrs plant der Vorstand die Aufführung der Operette „Das Mädel vom Neckarstrand“.

Elsterwerda. Zugunfall. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend entgleisten auf dem Berlin-Dresdener Bahnhof beim Rangieren fünf Güterwagen, von denen einige stark beschädigt wurden. Personen sind nicht verletzt worden.

Naundorf bei Lauchhammer. Die Vorbereitungen für die Reichspräsidentenwahl machen in diesem Monat eine außerordentliche Sitzung der hiesigen Gemeindevertretung notwendig, die zugleich noch eine Reihe andere dringende Angelegenheiten erledigen soll. Sie findet heute, Mittwoch, den 18. März, abends 8 Uhr, im Kaffee Wesenigk statt und hat folgende Tagesordnung: 1. Aufstellen von Papierkörben auf dem Schulhof bzw. Schulplatz; 2. Umwandlung des bei der Kreissparkasse aufgenommenen kurzfristigen Kredites in einen solchen auf längere Zeit; 3 Beschlußfassung über Bewilligung eines Zuschusses zur Errichtung einer Posthilfsstelle; 4. Bewilligung von Mitteln zur Prämierung der besten Schülerarbeiten in Zeichnen und Handarbeit; 5. Wahl der Wahlvorsteher und Beisitzer zur Reichspräsidentenwahl.

Merseburg-Querfurt.

Merseburg, den 18. März 1925.

* **Auslegung der Wahl-(Stimm-)Listen für die Reichspräsidentenwahl.** Die Wahllisten liegen von Donnerstag, den 19. März bis einschließlich Montag, den 23. März 1925 im Polizeimeldeamt, Rathaus, Zimmer 21 (am Sonntag, dem 22. März, von 9—12 Uhr vormittags) während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht aus. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Wähler in dem Wahlbezirk eingetragen sind, in dem sie bei der letzten Reichstagswahl am 7 Dezember 1924 gewählt haben. Die nach dem 7. Dezember 1924 hier zugezogenen wahlberechtigten Personen sind unter der von ihnen bei der polizeilichen Anmeldung angegebenen Wohnung eingetragen. Da es bei der Kürze der Zeit und der großen Anzahl der Wähler vorkommen kann, daß wahlberechtigte Personen in die Wahllisten nicht aufgenommen sind, empfehlen wir dringend, die Wahllisten einzusehen. Einsprüche gegen die Wählerliste sind nur innerhalb der oben angegebenen Auslegungsfrist zulässig. Sie sind im Polizeimeldeamt zur Niederschrift des dort dazu bestimmten städtischen Beamten oder durch besondere Eingabe zu erheben.

* **Achtung, Bauarbeiter!** Nach dem Schiedsspruch vom 18. März betragen die Löhne in unserem Gebiet ab 12. März in Lohnklasse I für Maurer 88 Pf., für Hilfsarbeiter 74 Pf. pro Stunde; in Lohnklasse II für Maurer 76 Pf., für Hilfsarbeiter 68 Pf. Vom 2. April bis 13. Mai betragen die Löhne in Lohnklasse I für Maurer 86 Pf., für Hilfsarbeiter 78 Pf.; in Lohnklasse II für Maurer 80 Pf., für Hilfsarbeiter 71 Pf. Vom 14. Mai bis 8. Juli betragen die Löhne in Lohnklasse I für Maurer 91 Pf., für Hilfsarbeiter 82 Pf.; in Lohnklasse II für Maurer 85 Pf., für Hilfsarbeiter 76 Pf.

* **Theaterverein.** Die gestrige Aufführung des Lustspiels „Die Großstadtluft“ von Blumenthal und Kadelburg wies zwar ein volles Haus auf; ob aber mit diesem Stück eine restlose Befriedigung der Theaterbesucher erreicht wurde, ist eine andere Frage. In dieser Hinsicht ist das Merseburger Publikum durch die Nachbarschaft der Kunststätten von Halle und Leipzig doch etwas verwöhnter, daß es etwas Höherstehendes verlangt. Es soll damit aber nicht gesagt sein daß die darstellenden Kräfte versagt hätten; im Gegenteil, es waren fast durchweg gute Leistungen der einzelnen Rollen zu verzeichnen, was vom Publikum auch anerkannt wurde.

Schkeuditz. In der Mordsache Zillmer sind zwei Verhaftungen hiesiger Einwohner vorgenommen worden. Die Betreffenden wurden am Sonnabend früh dem Untersuchungsgefängnis in Halle zugeführt.

Querfurter Kreistag. Am Freitag, 20. März, vormittags 10 Uhr, findet im Sitzungssaale des Kreisverwaltungsgebäudes in Querfurt ein Kreistag mit folgender Tagesordnung statt: 1. Ankauf eines zweiten Dienstkraftwagens (Kleinautos) für die Kreisverwaltung. 2. Grundsätzliche Zustimmung des Kreistags zur Abtretung eines schmalen Streifens von der Nebra-Lauchaer Kreisstraße an die Stadt Laucha a. U., und Ermächtigung des Kreisausschusses, nach Vorlage der Katasterunterlagen den Kaufpreis festzusetzen und das wegen der Uebereignung weiter Erforderliche zu veranlassen. 3. Erwerb eines Grundstückes als Bauplatz für den Neubau der Kreissparkasse. 4. Anerkennung der Notwendigkeit des Ausbaues der Straße Thalwinkel—Bergwinkel und Bewilligung einer Kreisprämie hierzu. 5. Beteiligung des Kreises an den Kosten der Instandsetzung der Straße Balgstädt—Größnitz in der Flur Balgstädt. 6. Schulärztliche Untersuchung. 7. Einführung der Berufsschulpflicht. 8. Abänderung der Jagdsteuerordnung.

Laucha. Vorige Woche fanden vor dem Amtsgericht in Cölleda die Auflassungen der vor etwa 10 Jahren zum Bau der Unstrutbahn abgetretenen Feldstücke an die Deutsche Reichseisenbahngesellschaft oder an die Separationsinteressenten statt. Das hat reichlich lange gedauert!

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 18. März 1925.

* **Eine öffentliche Wählerversammlung,** einberufen von der hiesigen Ortsgruppe der SPD., findet am Freitag, dem 20. März, abends 8 Uhr, im „Volkshaus“ statt. Genosse Schulz (Halle) wird über das Thema: „Die Reichspräsidentenwahl — für ein freies, soziales, republikanisches Deutschland“ sprechen. Alle wahlberechtigten Einwohner Eislebens und Umgegend sind eingeladen.

Jugendbewegung.

Funktionärbesprechung in Falkenberg.

Am 8. März trafen sich in Falkenberg die Funktionäre der SAJ. des Kreises Delitzsch-Bitterfeld, um wichtige Fragen zu besprechen. Der Konferenz ging am Sonnabend ein genußreicher Unterhaltungsabend voraus. Die Kreisleitung wurde beauftragt, zur Bezirkskonferenz einen Antrag zwecks Erhöhung der Pflichtbeiträge von 6 auf 10 Pfennig einzureichen. Eine rege Diskussion brachte der Punkt: Osteragitation. Fast alle Ortsgruppen haben eine gute Vorarbeit geleistet, so daß wir mit einem guten Erfolg rechnen können. Ferner wurden einige interne Fragen besprochen, unter anderem der Homburger Jugendtag, das damit verbundene Sparsystem, sowie Abhaltung eines mehrtägigen Kursus in der Dübener Heide. An der Besprechung nahmen 38 Funktionäre teil, darunter 11 Mädels. Am Nachmittag verlebten die auswärtigen Genossen mit den Falkenberger Jugendfreunden noch einige frohe Stunden.

Gewerkschaftliches.

Die Lage im Eisenbahnerkampf.

Provokatorisches Verhalten der Reichsbahnverwaltung.

Die Reichsbahnverwaltung nimmt in einer längeren Erklärung zu dem Schiedsspruch Stellung und stellt fest, daß der Spruch nur durchgeführt werden könne, wenn die Reichsregierung die für die Aufbringung der Mittel erforderliche Erhöhung der Tarife genehmigt. Im übrigen ist die Reichsbahngesellschaft bereit, dem Schiedsspruch zu entsprechen und insbesondere die am Streik beteiligten Arbeiter wieder einzustellen „soweit der Betrieb es gestattet“. Sie will die Streikbrecher, die sie in allen Ecken Deutschlands zusammensucht, nicht wieder entlassen. Die „Vossische Zeitung“, also ein Organ, das dem demokratischen Generaldirektor der Reichsbahn sehr nahe steht, sagt im Anschluß an die Stellungnahme der Reichsbahn: „Die Antwort der Reichsbahnverwaltung kommt in wesentlichen Punkten einer Ablehnung des Schiedsspruches gleich.“ Außerdem sagt das Blatt: „Besonders befremdend ist die Absicht der Reichsbahn, einen Teil der ausständigen Arbeiter von der Weiterbeschäftigung auszuschließen. Die Erklärung, einer Lohnerhöhung von 8 Pfennig für den Güterbodenarbeiter nur unter der Voraussetzung von Tariferhöhungen zustimmen zu können, wirkt wenig einleuchtend.“

Die Reichsbahnverwaltung ließ am Dienstag der Presse eine sehr optimistische Darstellung der Streiklage geben. Im ganzen, so hieß es, streikten im Augenblick gegenüber der Höchstzahl von 11 091 nur noch 10 404 Eisenbahnarbeiter, also 2,4 Prozent des Gesamtarbeiterbestandes der Reichsbahn. Der Güterverkehr werde glatt durchgeführt.

Gegenüber dieser Schönfärberei gilt es, auf den nach wie vor bestehenden Ernst der Lage hinzuweisen. In Bremen sind die Rangierer neu in den Streik getreten und in Sachsen hat sich am Streikbild nichts geändert. Das paßt der Reichsbahnverwaltung anscheinend nicht und sie geht deshalb jetzt darauf aus, den in Sachsen mit Erbitterung, aber doch mit Ruhe geführten Streik in etwas Schlimmeres zu verwandeln. Die Reichsbahnverwaltung geht zu Provokationen über. Zunächst wirbt sie Arbeitswillige an und transportiert sie nach Sachsen So ist am Dienstagabend in Köln ein Zug mit Arbeitswilligen nach Sachsen abgegangen. Die hallischen „Roten Frontkämpfer“ scheinen also ein Haar in der Streikbrechersuppe gefunden zu haben.

Notmaßnahmen für die Beamten.

Eine Forderung des ADGB.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes war am 17. März anläßlich der gemeinsamen Tagung der Bundesausschüsse der drei freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen zu einer Sondertagung zusammengetreten, um zu den besonderen Beamtenfragen Stellung zu nehmen. Er nahm zur Besoldungsfrage folgende Entschließung einstimmig an:

„Der am 17. März tagende Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat mit Entrüstung davon Kenntnis genommen, daß bisher weder von der Regierung noch vom Reichstag entscheidende Schritte unternommen worden sind, um die Besoldungsverhältnisse der unteren und mittleren Gruppen den wirklichen Lebensverhältnissen anzupassen. Nachdem von dem Vorstand des ADGB. zur Förderung der Besoldungsfrage alles geschehen ist, was unter den gegebenen Verhältnissen möglich war, nachdem weiter festzustehen scheint, daß eine grundlegende Aenderung der Beamtenbesoldung in kürzester Frist nicht zu erwarten ist, fordert der Bundesausschuß, daß wenigstens den Beamten der Besoldungsgruppen I bis VI als den unter den sich stets verschlechternden wirtschaftlichen Verhältnissen am meisten Leidenden durch eine Notmaßnahme sofort eine Aufbesserung ihrer Bezüge in der Weise zuteil wird, daß der im November 1924 festgesetzte Zuschlag von 12½ Prozent auf mindestens 20 Prozent erhöht wird. Weiter erwartet er, daß die Beratung der dem Reichstag vorliegenden zahlreichen Besoldungsanträge unverzüglich in Angriff genommen und beschleunigt gefördert wird.

Nachdem sich für die Verlängerung des Besoldungssperrgesetzes und gegen die Wiedereinführung der Vierteljahreszahlung der Gehälter bereits eine Mehrheit im Sinne der Regierungsvorlagen im Haushaltsausschuß des Reichstages ergeben hat, erwartet der Bundesausschuß, daß das Plenum das Besoldungssperrgesetz aufheben und eine Wiedereinführung der Vierteljahreszahlung ab 1. April beschließen wird.“

Allgemeine Aussperrung in Schweden.

Die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß, um eine Einigung zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeizuführen, sind ergebnislos abgebrochen worden. Damit wird die Aussperrung von etwa 130 000 Arbeitern in Kraft treten. Der Kampf wird auf beiden Seiten mit großer Erbitterung geführt werden. Schon seit einem Jahre planen die schwedischen Arbeitgeberverbände eine allgemeine Lohnherabsetzung; sie behaupten, daß die schwedischen Löhne die höchsten der Welt seien und dadurch die Konkurrenzfähigkeit der schwedischen Industrie unterbinden. Nur eine allgemeine Lohnherabsetzung könne das Wirtschaftsleben Schwedens wieder heben. Auch den streng durchgeführten Achtstundentag wollen sie abbauen. Das Hauptobjekt des Kampfes aber sind die Löhne, schon deshalb, weil in Schweden ein sehr strenges Arbeitszeitgesetz besteht, das den Achtstundentag vorschreibt.

Ergebnislose Lohnverhandlungen im Ruhrbergbau.

Bochum, den 18. März (Eig. Drahtbericht).

Am Dienstag verhandelten die Bergarbeitergewerkschaften mit den Zechenvertretern über die von ihnen eingereichte Lohnforderung in Höhe von 15 Prozent. Die Verhandlungen verliefen ergebnislos, obwohl die Zechenvertreter die Notlage der Bergarbeiter anerkannten.

Ausdehnung des italienischen Metallarbeiterstreikes. Auf Veranlassung der freien Metallarbeitergewerkschaft ist gestern der Streik in Turin ausgebrochen. In Mailand sind gestern in vielen Betrieben zahlreiche Arbeiter nicht zur Arbeit zurückgekehrt. In Brescia und Bergamo wurde die Arbeit vollständig in Monza teilweise wieder aufgenommen. Auch in Neapel ist die Lage bedrohlich.

Einigung gegen die Kommunisten.

Vor einigen Tagen fanden in Leipzig die Urwahlen der Beisitzer zur Ortsverwaltung des Buchbinderverbandes statt. Für die Amsterdamer Richtung wurden 2129 Stimmen, für die kommunistische Liste trotz wüster Hetze nur 617 Stimmen abgegeben.

Kein Ende des Bruderkampfes.

Aus der Mitgliederversammlung des Metallarbeiterverbandes, Zahlstelle Halle. — Neue Schlichtungsverhandlungen am Montag. — Niedrige Wahlpropaganda der Kommunisten.

Die gestrige Mitgliederversammlung des DMV., Zahlstelle Halle, versprach im Anfang einen sehr ruhigen Verlauf zu nehmen, sollte doch nun endlich auf einwandfreiem Wege die Beschlußfassung darüber erfolgen, ob ein 3. Geschäftsführer wieder angestellt werden sollte. Aber die wilde Verleumdung der sozialdemokratischen Arbeiter durch das kommunistische Blatt zeitigte auch in dieser Versammlung ihre zersetzende Wirkung, so daß sich die Kluft zwischen beiden Lagern breiter als jemals auftat und für die nächste Zeit unüberbrückbar erscheint.

Eingangs gedachte der 1. Bevollmächtigte Lüttich der Opfer, die das Blutbad im „Volkspark“ am 13. März forderte, in würdiger und einwandfreier Weise. Die zahlreich besuchte Versammlung hatte sich von ihren Plätzen erhoben. Dann begründete er kurz den Antrag der Ortsverwaltung, einen 3. Geschäftsführer anzustellen, die Wahl selbst sollte in einer späteren Versammlung vorgenommen werden. Von der SPD.-Fraktion war bekannt, daß sie die Anstellung eines 3. Geschäftsführers für unzweckmäßig hielt. Da nicht gleich ein Mitglied unserer Fraktion dazu das Wort nahm, gab es Lüttich dem zur engeren Wahl gestellten kommunistischen Landtagsabgeordneten Lieberasch aus Leipzig. Dieser wollte „nur einige persönliche Verdächtigungen richtigstellen“, die die SPD.-Fraktion in einem Rundschreiben über ihn verbreitet hätte. Aus dieser Richtigstellung wurde aber ein kommunistisches Referat, wie es die Metallarbeiter in etwas besserer Form von dem ausgeschlossenen früheren 1. Bevollmächtigten, Höcker, kennen. In der Aussprache nahmen außer verschiedenen Kommunisten von der SPD.-Fraktion die Kollegen Schneider, Täumel und Langer das Wort. Das einigermaßen überraschende Ergebnis war, daß zwar die Anstellung eines weiteren Geschäftsführers beschlossen wurde, zu gleicher Zeit aber auch, die Stelle noch einmal auszuschreiben.

Unter „Verbandsangelegenheiten“ gab Lüttich bekannt, daß am Montag, dem 23. März, vor dem Schlichtungsausschuß in Halle Verhandlungen über das vom Verband gekündigte Arbeitszeitabkommen stattfinden. Auch die Lohnfrage würde dabei wieder zur Entscheidung stehen. Beim Punkt „Verschiedenes“ begründete der KPD.-Mann Schneidewind eine Entschließung wegen der Arbeitsruhe bei der Bestattung der Opfer vom 13. März. Entschließung und Begründung sind weiter nichts als niedrigste Wahlpropaganda und eine einzige Beschimpfung der sozialdemokratischen Metallarbeiter, die stürmische Protestrufe bei diesen veranlaßt. Lüttich muß zur Beschämung seiner Fraktionsgenossen mitteilen, daß sich die der SPD. angehörenden Metallarbeiter in einer Aussprache zu gemeinsamem Protest bereiterklärt hatten, wenn dabei alles ihre Partei Beschimpfende unterlassen wird. Täumel weist kurz darauf hin, wie verlogen der kommunistische „Klassenkampf“ über die Haltung der sozialdemokratischen Presse berichtet und gibt folgende Erklärung ab:

„Wir sozialdemokratischen Metallarbeiter beklagen aufs tiefste die unschuldigen Opfer anläßlich der kommunistischen Wählerversammlungen am 13. März. Das Mitleid mit ihnen ist in unsern Kreisen allgemein. Wir verurteilen auf das entschiedenste das sinnlose und brutale Vorgehen eines zweifellos unfähigen und nicht republikanisch gesonnenen Polizeioffiziers. Wir erwarten eine rücksichtslose Zurrechenschaftziehung dieses Schuldigen. Wir halten uns aber für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß seine gewissenlose Handlungsweise begünstigt wurde durch die Haltung der kommunistischen Partei- und Versammlungsleitung, auf deren Seite ein solches Maß von Verantwortungslosigkeit gegenüber den Versammlungsbesuchern zutage trat, wie es in der heldenhaften Geschichte der Arbeiterbewegung ohne Beispiel ist.“

Auf Täumel folgt ein kommunistischer Redner, der in das Horn des „Klassenkampf“ tutete, und mit herausfordernden Redensarten jedes Zusammengehen mit den SPD.-Metallarbeitern ablehnte. Die Erbitterung unter diesen steigerte sich immer mehr. Einer bezeichnete durch einen Zwischenruf das Benehmen der KPD.-Männer als Maskenball und wies auf den „Klassenkampf“ hin, der es für angebracht hält, in dieser Situation den Verkauf von roten Kopftüchern zu organisieren. Gegenrufe fielen. In allgemeiner Unruhe fand die Versammlung ihr Ende. Der Fraktionsvorstand der SPD.-Metallarbeiter verständigte sich kurz. Die Aeußerungen und die Art des Auftretens der kommunistischen Redner haben in ihm den begründeten Verdacht aufkeimen lassen, daß die Mitschuld der KPD. an dem Blutbad im „Volkspark“ größer ist, als bisher angenommen wurde. Die niedrigste Rednergarnitur hat die Maske etwas zu sehr gelüftet. Er beschloß deshalb, daß der Kollege Pfenner, Mitglied der SPD.-Fraktion, sofort aus dem Fünferausschuß zur Durchführung der Arbeitsruhe zurückzutreten habe. Die Kommunisten wollen den Bruderkampf. Die SPD.-Metallarbeiter sind es satt, sich von ihnen schurigeln zu lassen.

Verband der graphischen Hilfsarbeiter. In der am 11. März stattgefundenen Mitgliederversammlung der Zahlstelle Halle erläuterte der Vorsitzende die neuen Tarifänderungen. In der Diskussion wurde in scharfer Form das minimale Ergebnis der Verhandlungen kritisiert. Angesichts der guten Konjunktur müßte das Ergebnis als vollständig ungenügend bezeichnet werden. An Hand von Beispielen wurde nachgewiesen, daß von 10 Lohnstaffeln nur 4 eine minimale Zulage erhalten haben und die anderen 6 Staffeln Lohnabzüge über sich ergehen lassen mußten. Beim Steindruck wird demnächst versucht werden, einen einheitlichen Lohnabschluß auf der Grundlage des Leipziger Steindruck-Hilfsarbeiter-Tarifs herbeizuführen. Sodann wurden einige Anträge zum Verbandstage betr. die sogenannte Rote Hilfe, die Freilassung der politischen Gefangenen, das Washingtoner Abkommen und die Schaffung einer Einheitsfront mit den kommunistischen Gewerkschaften Rußlands angenommen. Weiter soll vom Verbandstag die Aufnahme der graphischen Hilfsarbeiter in die Buchdruckerinternationale betrieben werden. Schließlich wurde darauf hingewiesen, daß bei den jetzt stattfindenden Betriebsrätewahlen auch weibliche Mitglieder in den Betriebsrat gewählt werden müssen, da die Erfahrung gelehrt habe, daß unsere Kollegen von einem Teil der männlichen Vertreter nicht immer so vertreten werden, wie es eigentlich notwendig gewesen wäre

Rundfunk-Programm Leipzig.

Donnerstag, den 19. März

10 Uhr vorm.: Wirtschaftsrundfunk: Woll- und Baumwollpreise. 10.15 Uhr vorm.: Was die Zeitung bringt. 12 Uhr mittags: Mittagsmusik. 12.55 Uhr nachm.: Nauener Zeitzeichen. 1 Uhr nachm.: Börsen- und Pressebericht. 4 Uhr nachm.: Landwirtschaftliche Preisberichte. 4.30 bis 6 Uhr nachm.: Konzert der Hauskapelle. 6 Uhr und 6.15 Uhr abends: Landwirtschaftliche Preisberichte. 6.30 bis 6.45 Uhr abends: Steuerrundfunk. Dresdener Abend. 7 bis 7.30 Uhr abends: 3. Vortrag des ärztlichen Bezirksvereins, Dresden. Ausschuß für hygienische Volksbelehrung: „Wohnungshygiene“. 7.30 bis 8 Uhr abends: Vortrag: Prof. Dr. Erich Haenel, Direktor des staatlichen historischen Museums und des Grünen Gewölbes, Dresden: „Die Kunstsammlungen der Wettiner“. 8.15 Uhr abends: Kammermusik-Abend. 1. Karl von Dittersdorf: Quartett Es-Dur Nr 5. 2. Joseph Haydn: Andante und Allegro aus dem Es-Dur-Konzert für Cello und Klavier. 3. Eduard Grieg: Streichquartett G-Moll Opus 27. Anschließend (etwa 9.30 Uhr): Pressebericht und Hackebeils Sportfunkdienst. 10 bis 11.30 Uhr abends: Tanzabend.

Wetter-Voransage:

Donnerstag: Wolkiger, nur teilweise etwas aufheiterndes, milderes Wetter, strichweise etwas Niederschläge. — In den Gebirgen noch etwas Frost und etwas Schnee

Verantwortlich für Politik Wirtschaft und Feuilleton: A. O. H. Schulz; für Gewerkschaftliches und Lokales: G. Kasparek; für Provinz und Sport: Alfr. Wielepp; für den Anzeigenteil: Wilhelm Hertzog sämtlich in Halle.

Konsumgenossenschaftliche Organisation bedeutet Zusammenfassung der Kaufkraft der Mitglieder!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250318-16/fragment/page=0007
DFG

Kunst · Wissenschaft · Leben

Schulkampf ist Klassenkampf.

Von H. Görsch.

Fritz Ebert ist nicht tot. Der in Heidelberger Erde ruhende Rest seiner Persönlichkeit bedeutet gegenüber der Fülle von lebendigen Problemen, die mit ihm entstanden, aber nicht mit ihm zu Grabe getragen sind, sehr wenig. Herausgegriffen sei nur eins: die Schulfrage. Viel zu wenig Raum wird ihr von der Arbeiterbewegung gegönnt, viel zu oft noch ist sie anderen Problemen gegenüber Nebensache. Die bürgerliche Seite ist weitsichtiger, namentlich da, wo sie stark von der Kirche her beeinflußt wird.

Was hat nun Ebert damit zu tun? Er war nur Volksschüler und hat mit Erfolg die höchste Beamtenstelle im Reiche bekleidet. Damit wankt der Götze, den sich der Deutsche aus dem höheren Schulwesen gemacht hatte. Das will viel bedeuten in einem Lande, das schon zu Bebels Zeiten „Ueberproduktion an Intelligenz, an Bildung — auf großer Stufenleiter erzeugte" („Frau und Sozialismus") und heute noch die höchste Schülerzahl in den höheren Lehranstalten gegenüber anderen Kulturländern aufweist. Und dennoch hat ein Mann mit bloßer Volksschulbildung alle überflügelt. Wie kommt das? Mit 14 Jahren wird der Volksschüler ins Wasser des öffentlichen Lebens geworfen. Er muß wohl oder übel darin schwimmen lernen. Niemand ist ihm ein Bett bereitet, er muß es sich selbst herrichten. Den höheren Schüler gängelt man oft bis zum 20. Lebensjahre. Und selbst dann noch kommt er in den meisten Fällen unter die Obhut der „alma mater", der geistigen Nährmutter in Gestalt irgendeiner Hochschule. Freilich bezieht sich das nur auf 20 Prozent derer, die in die unterste Klasse einer höheren Schule eintreten. Die übrigen 80 Prozent werden nach und nach abgestoßen. Zumeist darum, weil ihre geistigen Kräfte den Anforderungen dieser Schule nicht gewachsen sind. Diese vorzeitig Entlassenen haben dann nur eine „Kriipelbildung", die sie aber nicht hindert, sich dem Volksschüler gegenüber erhaben zu dünken. Aber der ist ihnen, soweit er die Abschlußklasse erreicht hat, weit voraus. Er hat viel mehr als ein Tertianer von unseren Dichtern, von Geschichte, von Physik, Chemie u. dgl. kennengelernt. Und was er noch nicht kennt, das begreifen zu lernen fällt ihm nicht schwer, denn er hat sich als Volksschüler eine Methode angewöhnt, an Unbekanntes heranzukommen. Das ist die Beobachtung des Alltags. Selbst die schlechteste Volksschule kann ohne sie nicht auskommen. Die höhere Schule geht, von andersgearteten Stoffe und von der andersgearteten Lehrweise gezwungen, mehr oder weniger am Alltage vorbei.

Die bürgerliche Welt weiß das und sucht sich diese Eigenschaft des Volksschülers zunutze zu machen. Im Zeitalter der Technik ist ihr daran gelegen, den Arbeiter mit technischem Wissen ausgestattet zu sehen. Also sorgt sie ausgiebig für volkstümliche Schriften über Probleme der Technik. Man braucht sich nur unsere Volksbibliotheken, Werkbüchereien usw. daraufhin anzusehen.

Auf zwei anderen Gebieten aber brennt sie ganz gehörig ab. Das sind: Biologie, d. h. Lehre vom Auf- und Umbau der Lebensvorgänge, und Soziologie, d. h. Lehre von den Bedingungen des Gesellschaftslebens der Menschheit. Aengstlich hält man Darwin, Haeckel von der Schule fern und hebt dafür einen Schneil auf den Schild. Und das „Tierleben" eines Brehm ist so hoch im Preise, daß diese Bibliotheken und erst recht die Arbeiter selbst auf seine Anschaffung verzichten müssen. Wo es dennoch billige, volkstümliche Bücher über diese Fragen gibt, da fällt man über ihre Verfasser her, z. B. Kropotkin, Bölsche, France. Volkstümliche Geschichtswerke aber, die den soziologischen Erscheinungen des Zusammenlebens der Menschen nachspüren, gibt es für Schulen überhaupt nicht, und in Bibliotheken nur da, wo die Arbeiterschaft einen Einfluß auf sie hat.

Diese bewußte Abschnürung der arbeitenden Klasse von den wichtigsten Zweigen der wissenschaftlichen Forschung hat sie lange am Aufstieg gehindert. Ebert hat bewiesen, daß er unaufhaltsam ist, wenn die Abschnürung beseitigt wird. Der Weg dazu ist eine auch auf diesen Gebieten vorgebildete Volksschul-Lehrerschaft und bewußte Unterstützung aller volkstümlichen Wissenschaftler durch die Arbeiterklasse. Von diesem Gesichtspunkte aus sollte der Arbeiter das Streben des Volksschullehrers nach Universitätsbildung begreifen und den Aufbau der Volksschule beeinflussen lernen. Die feuerfüßen Mienen sämtlicher bürgerlichen Parteien zur Frage der Lehrerbildung sollten alle Schaffenden stutzig machen und sie auf die Spur führen, daß die Beschneidung der Lehrerwünsche eins der Abwehrmittel des Bürgertums im Kampfe gegen die Arbeiterklasse ist. Und die Durchsetzung vieler Volkshochschulen mit fast rein technischen Problemen sei jedem, der sehen will, ein deutlicher Beweis der Wichtigkeit, die ihnen von bürgerlicher Seite beigelegt wird. Angesichts der Wahl des Reichspräsidenten möge sich außerdem jeder Schaffende darüber klar sein, daß der Sieg eines Mannes aus der Arbeiterschaft eine weitere Waffe im Kampfe um den geistigen Aufstieg der gesamten Klasse bedeutet.

Feigheit — eine Krankheit?

Man ist bisher allgemein der Ansicht gewesen, Mut und Tapferkeit als Tugenden und das Gegenteil davon, Feigheit und Furcht, als verächtliche Schwäche, ja, als ein moralisches Laster zu betrachten. Nun kommt eine englische Aerztin und verlangt, daß wir diese Anschauung einer gründlichen Revision unterziehen. Sie will nämlich einen rein automatisch körperlichen Zusammenhang aufgedeckt haben, der die Entwicklung der Eigenschaften, um die es sich hier dreht, mit zwangsläufiger Notwendigkeit regelt. Die Hauptrolle spielen hierbei angeblich gewisse Nierendrüsen, die bei Personen, die wir als mutig bezeichnen, besonders stark entwickelt sind. Das, was wir Mut nennen, wäre somit lediglich die Folge einer genügend reichlichen Sekretion dieser Drüsen. Andererseits, so behauptet die Urheberin dieser Theorie, wären die betreffenden Drüsen bei Personen, die zur Feigheit neigen, mehr oder weniger schwach entwickelt. Dies hat zur Folge, daß sie nur einer geringen Sekretion fähig sind, und dies wieder ist die Ursache ihrer Feigheit. Es sei daher ebensowenig ein persönliches Verdienst, mutig zu sein, wie es ein Verdienst sei, eine gute Verdauung zu besitzen oder gut zu schlafen. Andererseits wäre es ungerecht, über feige Naturen den Stab zu brechen und sie dem Gespött und der allgemeinen Verachtung auszusetzen. Denn ihr Verhalten sei lediglich die Folge einer körperlichen Unzulänglichkeit, für die sie ebensowenig verantwortlich gemacht werden könnten, wie jemand dafür verantwortlich gemacht wird, daß er schwach auf der Brust ist. Der Feigling ist schwach an den Nieren, das ist das ganze Geheimnis. Leider gibt es noch kein Serum, das dagegen hilft. Aber was nicht ist, kann noch werden, und es dauert vielleicht nicht mehr lange, bis die Reklametrompeten uns in die Ohren blasen: „Antinemmol gegen Feigheit — das Mittel, das aus jedem Feigling einen Helden macht!"

Die Heldenzeit von Montparnasse.

Von Victor Lambert.

Als Montmartre, schon längst vor dem Krieg, als Kunstfärbe gestorben war, begann sich das Volk der Maler und Bildhauer und derer, die es werden wollten, auf dem entgegengesetzten Hügel, auf Montparnasse, anzusiedeln. Hier hatte Rodin seine Schule, und aus allen Ländern der Welt eilten die Kunstbeflissenen herbei, um hier in den freien Akademien, die Rodin und andere gegründet hatten, ihre Ausbildung zu vollenden. Heute ist es Montparnasse ähnlich gegangen wie mit Montmartre. Was dort oben noch am Werk ist, gehört in die Reihen des Epigonentums, wenn es nicht etwa in den krampfhaften Verzerrungen der allernodernsten sein Heil sucht. Viel Rühmliches hört man selbst von den Eingeweihten, die noch über einen montparnassischen Lokalpatriotismus verfügen, nicht berichten, und das Kolorit wird eigentlich noch dadurch gewahrt, daß sich einige Malsinglinge und Malsungfrauen in mehr oder minder gewöhnlichen Kostümierungen dort oben bewegen.

Am traurigsten ist der Verfall in dem früher nüchtigsten Anziehungszentrum zu bemerken, der „Rotunde", dem Café der Künstler und Literaten von Montparnasse. Die Manie der Pariser Cafétiers, sich zu amerikanisieren, macht sich auch hier bemerkbar, und so findet man diese Klause, die ein früher Erholung geistiger Arbeiter geweiht war, zum Grill-Room und zum Dancing degradiert. Dazwischen tauchen einige Trimmer aus der verschollenen Epoche vor dem Krieg auf, und der Kontrast mit der übrigen stereotypen Kundschaft wird um so auffallender.

Fragt man einen kundigen Thebaner nach seinen Erinnerungen, so beginnt er gleich von der „Heldenzeit" der Rotunde zu erzählen, und man ist gespannt, was er unter dieser heroischen Aera wohl verstehen mag. Heldenzeit ist ein etwas kühner Ausdruck. Denn wie man bald erfährt, sind damit die Kriegsjahre gemeint, die für die Rotunde eigentlich durchaus nichts Heldenhaftes an sich hatten, da sie im Gegenteil der Treffpunkt der sträflichsten Drückeberger geworden war. Kunst und Literatur, wie sie hier oben auf Montparnasse getrieben wurden, waren von jeher durch ihren internationalen Einschlag gekennzeichnet, und so konnte es nicht ausbleiben, daß sich gerade hier mitten im Krieg der überzeugteste Antimilitarismus austobte. Der Defaitismus, den im Jahre 1917 der Tiger Clémenceau in einem kleinen, guivorganisierten Blutbad erstickt hat, hat jedenfalls nach Ansicht der „Geschichtsforscher" von Montparnasse hier oben seine Orgien gefeiert. Er verbarg sich hier, durch den genius loci angeregt, mit einer sträflichen Neigung zu den schweren alkoholischen Getränken, die während der Kriegszeit in Frankreich verboten waren. Die Jünglinge, die in der Rotunde ihren Absynth aus einer Kaffeetasse einnahmen, gelten deswegen als die Repräsentanten der Heldenepoche, weil sie wegen ihrer doppelt sträflichen Eigenschaft die heftigsten Kämpfe mit der argwöhnischen Pariser Polizei zu bestehen hatten.

Wenn von der Heldenzeit gesprochen wird, so kommt das Gespräch sofort auf Herrn Trotzki, der in jenen Jahren sein Talent zum Kriegsminister noch nicht entdeckt hatte und noch die wildesten antimilitaristischen Theorien im Kreis einer begierig lauschenden Zuhörerschaft vom Stapel ließ. Wenn er nicht redete, so spielte er Schach, und es ist den Habitues der Rotunde noch heute in gutem Gedächtnis, wie er, über der Lösung einer nicht endenwollenden Schachpartie grübelnd, die vollkommenste Gleichgültigkeit gegenüber den politischen Geschicken Europas an den Tag zu legen schien. Später entdeckte die Regierung, daß er das Blatt der russischen Revolutionäre, den „Rache Slowo", der unterirdisch verbreitet wurde, herausgab, und man wies ihn aus. In der Schweiz setzte er dann seine Arbeit fort, aber sein Geist schien noch immer über der Versammlung zu schweben.

Am lebhaftesten sind die Erinnerungen naturgemäß an die Zwischenfälle, zu denen die Ansammlung so verdächtiger Elemente in der Rotunde führen mußte. Alabendliche Razzien waren allmählich eine Selbstverständlichkeit geworden. Die Gäste mußten sich einer eingehenden Prüfung ihrer Papiere unterziehen, die allerdings, wie berichtet wird, in den meisten Fällen darauf hinwies, daß die Polizei haltlosen Denunziationen zum Opfer gefallen war. Am schlimmsten war es in der clemenceistischen Aera, und das Erscheinen der polizeilichen Radlertruppe bildete eine unangenehme Ueberraschung für die mobilisierten jungen Maler von Montparnasse, die während ihrer Urlaubstage die Rotunde aufsuchten, weil sie hier die einzige Gelegenheit hatten, ihre Kunstgenossen zu treffen. Wehe dem Unglücklichen, der sich, um der Sitzung in der Rotunde nicht durch seine Uniform eine Stillosigkeit zuzufügen, in seinen alten Zivilanzug geworfen hatte! Er fiel unweigerlich den Häschern zum Opfer, und sein unschuldiges Urlaubsvergnügen fand in einer exemplarischen Bestrafung an der Front einen unangenehmen Nachklang.

Der Höhepunkt dieser Razzien war ein Abend, als eine junge, elegante Dame, heute wohlsituierte Inhaberin eines Modegeschäftes, an der Spitze des Polizeitrupps erschien. Sie war keine Unbekannte, nur hatte man sie vorher stets in der Kleidsamen Uniform einer Straßenbahnschaffnerin gesehen. Ihr Patriotismus war nicht nur so weit gegangen, wie sowieso andere ihres Standes Zivildienste zu leisten, sondern sie tat auch Spitzeldienste, und suchte sich selbstverständlich die Rotunde als ergiebigstes Tätigkeitsfeld aus. Lebhaft ist die Erinnerung auch an jenen Abend, als die Bomben eines deutschen Zeppelins auf Montparnasse krachten, und als einer der wütendsten Defaitisten die ganze Gegend durch den Ruf: "Es lebe Deutschland!" in Schrecken setzte. In diesem Fall soll sich allerdings selbst das Publikum der Rotunde ermannt haben, und der Uebeltäter erhielt eine furchtbare Tracht Prügel.

Abgesehen von diesen vorübergehenden Erregungen machte indes die Kundschaft der Rotunde aus ihrer Gesinnung kein Hehl. Als Romain Rollands Buch „Ueber dem Gemetzel", das irrtümlicherweise als deutschfremdlich galt, erschien, war die ganze Corona mit einem Exemplar ausgestattet. Und noch deutlicher betätigte sich die Deutschfreundlichkeit dieser Kreise durch einen lebhaften Kultus für den Grafen Gobineau, in dessen Theorien einzelne geradezu die Rechtfertigung Deutschlands erkennen wollten. Alles dies war natürlich nicht ernst gemeint, und es hatte seinen Grund eigentlich nur in dem angeborenen Widerspruchssinn und dem Geist der Revolte, der seit Jahrhunderten das Künstlervolk zu beherrschen pflegt.

Ein wenig ist von diesem Geist noch zurückgeblieben, und wenn sich heute die spanischen Revolutionäre, die italienischen Antifascisten, die Revolutionäre von Peru und Uruguay in Paris ein Stelldichein geben, so werden sie mit Vorliebe die Rotunde aufsuchen, wo man so schön in der Tradition der Auflehnung bleiben kann. Die guten Bürger, die Kunstdilettanten und die passionierten Snobs, die heute die Hauptkundschaft ausmachen, pflegen erstaunt aufzusehen, wenn plötzlich an einem Tisch die Diskussion über die einzuschlagenden revolutionären Methoden wildere Formen annimmt, und in die Klänge der Jazz-Band mischen sich seltsam die exotischen Laute eines revolutionären Theoretikers vom anderen Ende der Welt. Die revolutionäre Begeisterung scheint sich eben leichter zu erhalten als die Malkunst.

Mittfasten.

Zum 16. März.

Mit dem Mittwoch, der zwischen den Sonntagen Okuli und Lätare liegt, ist die erste Hälfte der Fastenzeit abgelaufen, und aus diesem Grunde hat er im Volksmund die Bezeichnung Mittfasten oder Halbfastenmittwoch erhalten. Von den Bräuchen, die sich einst an ihn knüpften, sind heute die meisten in Vergessenheit geraten; nur in Süddeutschland und in der Schweiz werden an manchen Orten noch die alten Spiele abgehalten, bei denen der Tod des Winters und die Ankunft des Sommers in derb-drastischer Weise gefeiert wird; oder Winter und Sommer in uralten Weltgesängen, deren Texte sich durch lange Jahrhunderte unverändert erhalten haben, miteinander kämpfen. In einigen Gegenden hält man auch Umzüge ab, deren Mittelpunkt eine als Winter verkleidete Figur darstellt, die so lange tüchtig geneckt wird, bis sie davonläuft. Bei diesen Umzügen werden oft auch kleine, blumen- und bändergeschmückte Tannenbäumchen herumgetragen, so besonders im Kanton Solothurn, wo kleine Mädchen die Bäumchen tragen und damit von Haus zu Haus ziehen, alte Kinderlieder singen, wofür sie mit frischgebackenen Eierbroten belohnt werden.

Als volkstümliches Mittfastenessen gelten in Norddeutschland, namentlich in Schleswig-Holstein, grüne Heringe, die, an diesem Tag gegessen, besonders glückbringend sein sollen, ebenso Erbsen oder ein in Milch gekochter Brei aus Weizenmehl. Diese Gerichte, die schon in einer Chronik aus dem dreizehnten Jahrhundert als Mittfasten-Speisen erwähnt werden, spielen auch bei den englischen Mittfastenbräuchen eine wichtige Rolle, und da man in England — übrigens bisweilen auch in Deutschland — oft auch den Sonntag Lätare als Mittfastentag feiert, führt er dort des Weizenbreies wegen sogar den Namen „Weizensonntag". Ein katholischer Volksbrauch besteht darin, daß man am Mittfastentag Weidenzweige schneidet und sie bis zum Palmsonntag ins Wasser stellt, worauf man sie dann in der Kirche weihen läßt. Sie gelten dann als Schutz gegen Unwetter und Blitzgefahr. Am Mittfastentag soll das Wetter trocken und sonnig sein, weil die Mittfastensonne eine gute Ernte verspricht. Für den Schneefänger endlich soll der Mittfastentag ein von besonderem Schutzglück gesegneter Jagdtag sein, den er daher nicht versäumen soll.

Der Niagara als Lichtfontäne. Gelegentlich des nächsten Geburtstages der Königin Viktoria von England, der in Kanada immer noch als gesetzlicher Feiertag gilt, werden die Niagarafälle in strahlender Beleuchtung erglänzen. Schon jetzt werden oberhalb der Fälle 24 Scheinwerfer montiert, die eine Leuchtkraft von 1 330 000 000 Kerzenstärken entfalten werden. Die Arbeiten werden so gefördert, daß am 24. Mai, dem Geburtstag der Königin Viktoria, die Beleuchtung in Funktion treten kann. Die Fälle werden gegen Abend vier Stunden lang farbig erleuchtet werden. Die zur Projektion dienenden Lampen erfordern allein einen Kostenaufwand von 60 000 Dollars.

Mir, mich.

Der bekannte Stahlbademeister Graf L. verkündete kürzlich, — so habe ich mir erzählen lassen —, in einem preußischen Landstädtchen, wo die Bildung sehr im argen liegt: „Es kommt gar nicht darauf an, daß wir den Unterschied zwischen mir und mich lernen, sondern darauf, daß wir das Herz auf dem richtigen Fleck haben!"

Zur sympathischen Bekräftigung seines Zurufs und zur anscheinend ernstgemeinten weiteren Beweisführung über diesen Gegenstand entledigte sich Graf L. seines Rockes und knöpfte den Hemdkragen auf.

Schamhaft sahen die bürgerlichen Leute zunächst auf den kleinen Bruder des Göp von Verlichingen da oben. Dann aber jubelten sie ihm lebhaft zu.

Das war doch wenigstens ein Wort! Eines, das mit einem Schlage die unüberwindlichsten Schwierigkeiten aus jedem Dasein hinwegräumte!

Ledig zu sein aller Sorge um das eklige Mich; versunken, geschwunden alle anstrengenden Erwägungen um das absolut gänzlich überflüssige Mir.

Hosianna, Graf L.!

Jawohl, Gefühl ist alles! Fort mit dem Verstand! Ueber Bord mit allem überflüssigen Denkkram! — Schulbildung und Wissen, wir pfeifen drauf. Erziehung zur Vernunft, im Monde.

Auch ich danke dich, Graf L.! Umhemdsärmele mir! Kampf allen Kragen- und Geistbefreiungsknöpfen! Hurra! G. R.

Die Wiederherstellung des Parthenon.

Die griechische Regierung hat nunmehr beschlossen, ihre Zustimmung zu den schon seit längerer Zeit geplanten Erneuerungsarbeiten zu geben, die am Parthenon, dem berühmten Athenes-Tempel des Phidias auf der Akropolis zu Athen, vorgenommen werden sollen. Zunächst sollen die umgestürzten Säulen des herrlichen Bauwerks, dessen Trümmer das Ruinenfeld rings um die spärlichen Ueberreste der einst so gigantischen Anlage bedecken, sorgfältig zusammengesetzt und sodann in ihre einstige Stellung zurückversetzt werden. Daß es gelingen sollte, ihre ursprüngliche Herrlichkeit wieder herzustellen, kann allerdings leider nicht erwartet werden. Dazu sind die Verwüstungen, die die Venezianer im Jahre 1687 bei der Belagerung von Athen angerichtet haben, zu groß. Es kommt hinzu, daß das, was damals der verrichtende Anhauch des Krieges von dem unvergleichlichen Parthenonfries, dem reifsten Werk von Phidias Meisterbund, unversehrt gelassen hat, später von den Engländern geraubt und ins Britische Museum nach London überführt wurde, wo es seitdem als einer der größten Schätze gehütet wird. Sollte die griechische Regierung den einzig möglichen Ausweg beschreiten, der darin bestehen würde, sich mit Nachbildungen zu behelfen, so wäre das ein Schritt, den man nur mit sehr gemischten Gefühlen begrüßen könnte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250318-16/fragment/page=0008